

## Fortsetzung: Ethische Aspekte der Globalisierung

Fortsetzung von Seite 11:

Perspectives 9:3 (Sommer 1995), S. 15-32.

Friedrichs, J.: Globalisierung - Begriff und grundlegende Annahmen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“), B. 33-34/97 v. 09.09.1997, S. 3-11.

Gruppe von Lissabon: Grenzen des Wettbewerbs. Die Globalisierung der Wirtschaft und die Zukunft der Menschheit, München 1997 (Luchterhand); engl. 1995: Limits of Competition.

Gollwitzer, H.: Forderungen der Umkehr. Beiträge zur Theologie der Gesellschaft, München 1976 (Kaiser).

Gollwitzer, H.: Befreiung zur Solidarität. Einführung in die evangelische Theologie. München 1978 (Kaiser).

Hagel, J.: Was zählt ein Mensch in der Weltwirtschaft? Eine Reflektion zu Fragen der Globalisierung, List Forum für Wirtschafts- und Finanzpolitik 27:3 (2001), S. 286-303.

Hesse, H.: Internationale Wirtschaftsbeziehungen als Gegenstand der Wirtschaftsethik, in: H. Hesse (Hg): Wirtschaftswissenschaften und Ethik, Berlin 1988, (Duncker & Humblot), S.195-214.

International Monetary Fund: Word Economic Outlook.: Globalisation. Opportunities and Challenges, Washington D.C. (Mai 1997).

Lachmann, W.: Ausweg aus der Krise. Fragen eines Christen an Marktwirtschaft und Sozialstaat, Wuppertal 1984 (R. Brockhaus).

derselbe: Ethik und Soziale Marktwirtschaft. Einige wirtschaftswissenschaftliche und bibilisch-theologische Überlegungen, in: H. Hesse (Hg): Wirtschaftswissenschaften und Ethik, Berlin 1988 (Duncker & Humblot), S. 277-304.

derselbe: Ökonomische Konzepte in kirchlichen Verlautbarungen, in: Ludwig-Erhard-Stiftung (Hg): Die Ethik der Sozialen Marktwirtschaft. Thesen und Anfragen, Stuttgart et al 1988 (Ein Symposium der Ludwig-Erhard-Stiftung Bonn vom Oktober 1987), S. 25-44.

derselbe: Wirtschaft und Ethik. Maßstäbe wirtschaftlichen Handelns, Neuhausen, Stuttgart 1989, 2. Auflage (Hänsler).

derselbe: Staatlicher Einfluss auf die Wirtschaft und seine ethischen Folgen, in: W. Lachmann/ R. Haupt (Hg): Wirtschaftsethik in einer pluralistischen Welt, Moers 1991 (Brendow), S. 39-81.

derselbe: Ethik und Markt: Theologische und ökonomische Grundbemerkungen, in: European Journal of Theology 1:2 (1992), S. 151-161.

derselbe: Ordnungspolitische Aspekte der Globalisierung in: W. Lachmann et al (Hg): Globalisierung: Arbeitsteilung oder Wohlstandsteilung? Münster 1998 (Lit: Marktwirtschaft und Ethik Band 5), S. 91-119.

derselbe: Ethik der Marktwirtschaft, in: K. Farmer et al (Hg): Individuelle Freiheit oder staatliche Lenkung? Markt und Staat im Lichte christlicher Wirtschaftsethik, Münster 2000 (Lit: Marktwirtschaft und Ethik, Band 6), S. 220-249.

derselbe: Das christliche Menschenbild und die Wirtschaft, in: Hirsauer Blätter. Ebersbach 2003 (Christlich-Pädagogische Schriftreihe der CJD Arnold-Dannenmann-Akademie), S. 27-38.

derselbe: Das christliche Menschenbild und die Frage nach der Wirtschaftsordnung, in: G. Schick (Hg): Wirtschaftsordnung und Fundamentalismus, Berlin 2003 (Stiftung Marktwirtschaft, Frankfurter Institut), S. 101-116.

derselbe: Volkswirtschaftslehre 1. Grundlagen, Berlin et al 2003 (Springer), 4. Auflage.

derselbe: Volkswirtschaftslehre 2. Anwendungen, Berlin et al 2004 (Springer), 2. Auflage.

Mangold, H.v.: Der (National-) Staat als Voraussetzung und Partner der Globalisierung, in: Walter-Raymond-Stiftung (Hg): Politik und Wirtschaft im Zeichen der Globalisierung, Köln 1999, S. 113-140.

Martin, H.-P./Schumann, H.: Die Globalisierungsfalle. Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand,

Reinbeck bei Hamburg 1996 (Rowohlt).

Noll, B.: Wirtschafts- und Unternehmensethik in der Marktwirtschaft, Stuttgart et al 2002 (Kohlhammer).

UNCTAD: World Investment Report 2000. Crossborder Mergers and Acquisitions and Development, New York, Genf 2000.

Sauernheimer, K.: Außenhandel, Reallöhne und Beschäftigung, ORDO 47 (1996), S. 51-71.

Wilamowitz-Moellendorff, U.v. (Hg): Globalisierungsdebatte II: Positionen und Gegenpositionen, Zukunftsforschung Politik Nr. 54 der Konrad-Adenauer-Stiftung, St. Augustin 2003.

## Über die GWE

### Das Ziel

*Die GWE ist ein Verein zur Förderung von Forschung und Lehre in den Wirtschaftswissenschaften auf Grundlage einer Ethik, die auf dem biblischen Welt- und Menschenbild beruht.*

### Die Arbeit

*Wir regen Forschung zu wirtschaftsethischen Fragestellungen an und unterstützen diese, führen Fachtagungen durch und geben den halbjährlichen Informationsdienst „Wirtschaft und Ethik“ heraus. Zu den Themen Wirtschaftsethik, Entwicklungspolitik und ökologischer Wirtschaftspolitik bereiten wir wissenschaftliche Publikationen vor und geben sie heraus.*

### Die Partner

*Bei unserer Tätigkeit arbeiten wir mit dem Lehrstuhl für VWL, insb. Wirtschafts- und Entwicklungspolitik der Universität Nürnberg-Erlangen, Prof. Dr. h.c. Werner Lachmann, Ph.D. sowie Prof. Dr. Karl Farmer, Institut für Volkswirtschaftspolitik der Universität Graz zusammen.*

## Verzerrte Wahrnehmung

Die Einstellung der Bevölkerung gegenüber dem Ausland hängt maßgeblich davon ab, welche Nachrichten das Publikum erreichen. Dies gilt auch für die Frage, ob die Globalisierung der Wirtschaft eher als Chance oder als Bedrohung angesehen wird. Eine Langzeit-Analyse der meinungsführenden deutschen Medien durch das Bonner Institut Medien Tenor zeigt, daß das Bild vom Ausland vor allem durch Klischees geprägt wird. Die Analyse von 552.813 Passagen über Unternehmen und Branche zeigt, daß der USA mit Abstand der meiste Raum gegeben wird, wenn über Unternehmen im Zusammenhang mit dem Ausland berichtet wird. Im Außenhandel steht allerdings Frankreich an erster Stelle. Doch ist der Tenor dieser Nachrichten durchweg kritischer als die Bewertung der Unternehmen, wenn Deutschland im Mittelpunkt steht. Damit gibt die Berichterstattung die tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung in den USA nur unzureichend wieder. Die Themenauswahl mit Blick auf das Ausland ist ebenfalls verengt: Wenn hauptsächlich über Löhne, Personalpolitik oder Umweltfragen berichtet wurde, dann deutlich häufiger mit kritischen Beispielen als wenn über Unternehmen hauptsächlich mit Deutschland-Bezug berichtet wurde. Das Ausland kann so kaum als Vorbild dienen.

Matthias Vollbracht

Impressum „WIRTSCHAFT UND ETHIK“

Herausgeber:

Gesellschaft zur Förderung von  
Wirtschaftswissenschaften und Ethik  
e. V. (GWE)

Unterberg 31/6  
A-8143 Dobl

Tel./Fax: ++43/3136/52930

Bürozeit: Di: 9-11 Uhr außerhalb

Anrufbeantworter/Fax

E-Mail: info@gwe-ev.de

Internet: http://www.gwe-ev.de

Bankverbindung:

Sparda-Bank Nürnberg e.G.

BLZ 760 905 00

Kto.-Nr. 102 10 60

Satz: Matthias Vollbracht

Druck: Layout & Satz Gmbh, Dobl

# WIRTSCHAFT UND ETHIK

Mitteilungen der Gesellschaft zur Förderung von Wirtschaftswissenschaften und Ethik e.V.

Liebe Interessenten, liebe Freunde,

Von Niccolò Machiavelli (1469-1527) stammt das Wort: „Betrachtet man die Völker, denen man heutzutage Räuberei und ähnliche Schlechtigkeiten vorwirft, so wird man finden, dass sie nur durch ihre Regenten, die ähnliche Eigenschaften haben, so geworden sind.“ Dies ist auch die historische Erfahrung des Volkes Israel. Im Alten Testament wird berichtet, dass es kluge Könige waren, die Gesetze und Ordnungen hielten, die sich an den Geboten Gottes ausrichteten, die ihrem Volk Wohlstand und Sicherheit brachten. Könige, die Gottes Gebote mit Füßen traten, führten ihr Volk in Krisen. Diese Erfahrung hat nicht nur Israel gemacht.

Gerade wir Deutschen wissen etwas davon, dass verantwortungsvolles Regieren Wohlstand brachte. Erinnerung sei an die Zeit des deutschen „Wirtschaftswunders“, das Ludwig Erhard vehement als Ergebnis der Wirtschaftspolitik bezeichnete. Zu jener Zeit, in Erinnerung an die Grauen des Krieges und an das Regime, das diesen Krieg hervorrief, war ein Fragen nach den Geboten Gottes und einer klugen Gesellschaftsordnung aufgebrochen. Der daraus resultierende Wohlstand führte zu einer Verflachung der Sitten, zu Korruption und Überheblichkeit. Unser Volk meint, ohne Gott alles in den Griff zu bekommen. Gefährlich wird es, wenn dieses Verhalten noch von den Kirchen unterstützt wird, die ihren eigenen Regeln und Geboten folgen und die göttliche Weisung verachten und uminterpretieren.

Dies ist ein alter Zopf. Schon der Prophet Micha klagte: „Wenn ich ein Irrgeist wäre und ein Lügenprediger und predigte, wie sie saufen und schwelgen sollten - das wäre ein Prediger für dies Volk!“ (Micha 2,11). Der Prophet Micha musste damals ein „Wehe“ über sein Volk rufen, aber es ging ihnen noch zu gut.

Unsere Regierungen haben die Wirtschaft vor die Wand gefahren. Deutschland ist hoch verschuldet; die Krankenversicherung ist nicht mehr finanzierbar, die Arbeitslosigkeit schon seit Jahrzehnten hoch, und endlich begreift die Politik, dass die jahrzehntelange Kritik an den falschen Regelungen der Rentenversicherung berechtigt war. Leider hat, wie immer, die Bevölkerung die Fehler der Politik zu tragen. Darum ist es höchste Zeit, dass in Wirtschaft und Politik wieder ethische Maßstäbe gelten müssen. Es ist unsere Aufgabe und Pflicht, zu betonen, was Micha einst schrieb: „Es ist dir gesagt, Mensch, was gut ist und was der Herr von dir fordert, nämlich Gottes Wort halten und Liebe üben und demütig sein vor deinem Gott!“ (Micha 6,8).

Mit allen guten Segenswünschen  
Ihr



Prof. Dr. h.c. Werner Lachmann, (Ph. D., Rutgers University) Vorsitzender

## Grundfragen der Wirtschaftsethik XVIII:

### Ist unsere Staatsverschuldung ethisch noch vertretbar?

Vom bekannten österreichischen Nationalökonom Alois Schumpeter stammt der Ausspruch: „Eher legt sich ein Mops einen Vorrat an Würstchen an, bevor ein Politiker spart!“ Dieser sarkastische Vergleich bestätigt sich im starken Anwachsen der Verschuldung der öffentlichen Hände in den meisten Industrieländern. Ende 2002 waren die öffentlichen Haushalte in Deutschland mit 1277,63 Mrd. Euro verschuldet. Dies bedeutet pro Bundesbürger eine Schuldenlast von 15.500 Euro. Rechnet man die Staatsverschuldung um auf eine tägliche Kreditaufnahme seit der Geburt Christi (ohne Zins und Zinseszins), kommt man auf eine tägliche Neuverschuldung von 1,75 Mio. Euro. Lassen wir die Geschichte Revue passieren. An dem Tag, an dem Varus

von Kimbern und Teutonen besiegt wurde, an dem Tag wo Karl der Große gekrönt wurde, wo Luther vor dem Reichstag stand, während des Dreißigjährigen Krieges oder auch bei der Reichsgründung durch Bismarck, jeden Tag der letzten 2003 Jahre hätte sich unser Staat stündlich mit ca. 73.000 Euro verschuldet. Unsere Regierungen haben dies in den letzten 40 Jahren geschafft, wobei sich allein in den letzten 10 Jahren die Staatsverschuldung verdoppelte. Die öffentlichen Hände haben sich täglich im Durchschnitt um knapp 90 Mio. Euro verschuldet. Es stellt sich nun die Frage, ob eine solche Politik weitergeführt werden kann.

Bei Einführung des Euros wurde auf deutschen Druck hin (dank der Bemühungen des damaligen Fi-

## I N H A L T

### Grundfragen der Wirtschaftsethik XVII:

Ist unsere Staatsverschuldung ethisch noch vertretbar?.....1

#### Positionen:

Alles hat seine Zeit und jedes Vorhaben seine Stunde.....5

Ethische Aspekte der Globalisierung.....7

Verzerrte Wahrnehmung: Globalisierung in den Medien.....12

#### Buchvorstellungen und Rezensionen:

Wirtschafts- und Unternehmensethik.....

in der Marktwirtschaft.....5

Impressum / Über die GWE.....12

## Fortsetzung: Ist unsere Staatsverschuldung ethisch noch vertretbar?

nanzministers Waigel) ein Stabilitätspakt in der Europäischen Union vereinbart, der zu einer Eindämmung der Staatsverschuldung beitragen sollte. Da zum Zeitpunkt des Abschlusses der Maastrichter Verträge die durchschnittliche Staatsverschuldung in den Mitgliedsländern der EU bei 60 % lag und man von einer jährlichen Wachstumsrate von 5 % ausging, vereinbarte man ein Limit der Neuverschuldung von 3 %. Bei einer Stagnation dürfte der Staat sich langfristig nicht weiter verschulden, wenn die Schuldenquote des Staates nicht weiter ansteigen sollte. Wichtige europäische Staaten wie Frankreich, Deutschland und Italien sind nicht in der Lage, diese großzügige Begrenzung von 3% der Neuverschuldung bezogen auf das Bruttonationaleinkommen einzuhalten. Frankreich und Deutschland werden wohl einen Rechtsbruch begehen. Sanktionen müssen die beschuldigten Staaten zum Teil über sich selbst bestimmen. Es ist unwahrscheinlich, dass Sanktionsmaßnahmen auf europäischer Ebene gegen die Übertretung dieser Vereinbarung durchgesetzt werden.

Wir wollen zuerst fragen, ob denn die Staatsverschuldung überhaupt ein Problem darstellt. Anders als im Falle der Entwicklungsländer, schulden die europäischen Staaten das Geld zum größten Teil ihren eigenen Bürgern oder Institutionen. So steht beispielsweise der Bund mit 404,2 Mrd. Euro bei den Kreditinstituten in der Kreide. Anleihen wurden in Höhe von 456,3 Mrd. Euro Ende 2002 aufgelegt. Gelegentlich wird vorgetragen, dass der Staat nur eine Kopfsteuer von ca. 15.000 Euro jedem Bürger auferlegen müsse; dann wäre der Staat schuldenfrei. Das Geld würde dann an eigene deutsche Institutionen (zum Teil an die Bürger, die Bundesschatzbriefe oder -anweisungen halten) zurückbezahlt. Warum sollte eine solche Staatsverschuldung staatsgefährdend sein? Wie ernst muss man die Maastricht-Kriterien nehmen? Hat der Kommissionspräsident Prodi mit seiner Bemerkung, dass diese Kriterien Unsinn seien, nicht doch recht?

### Historische Sichtweisen der Staatsverschuldung

Das Problem der öffentlichen Schulden ist alt. Schon Cicero be-

merkte: „das Budget sollte ausgeglichen sein, die öffentlichen Schulden sollten reduziert werden und die Bürger sollten mehr arbeiten als sich auf die Gaben der Regierung zu verlassen!“ Die Merkantilisten hingegen standen der Verschuldung des Staates positiv gegenüber. Der bekannte Professor der Kameralwissenschaften sowie Finanz- und Bergrat Johann Heinrich Gottlob von Justi aus Wien (1717-1771) kritisierte beispielsweise den Anstieg des preußischen Staatsschatzes. Das staatliche Schätze sammeln brächte Handel und Gewerbe in Verlegenheit und ihre Minderung setze Mittel für nützliche Anlagen frei, wodurch viele Menschen Arbeit erhielten. Der deutsche Staatsrechtler und Finanzwissenschaftler Lorenz von Stein (1815-1890) schreibt in seinem bekannten Lehrbuch der Finanzwissenschaft (1860): „Ein Staat ohne Staatsschuld tut entweder zu wenig für seine Zukunft oder er fordert zu viel von seiner Gegenwart“. Der preußische Finanzminister Carl August Struensee schildert seine positive Einschätzung der Staatsverschuldung wie folgt: „Die öffentlichen Schulden vermehren also das Zahlungsvermögen einer Nation, sie befördern und erleichtern den Geldumlauf, sie erweitern und vermehren den auswärtigen Handel, sie vergrößern den Handelsgewinn einer Nation und sie verschaffen einen niedrigeren Zins“. Staatsschuld scheint notwendig zu sein, um die Ressourcen eines Landes ausschöpfen zu können. [1]

Auch Karl Marx bewertete die Staatsverschuldung positiv. Im ersten Band des Kapitals schreibt er unter anderem, „dass ein Volk umso reicher wird, je tiefer es sich verschuldet. Der öffentliche Kredit wird zum Credo des Kapitalismus...die öffentliche Schuld wird einer der energischsten Hebel der ursprünglichen Akkumulation. Wie mit einem Schlag der Wünschelrute begabt sich das unproduktive Geld mit Zeugungskraft und verwandelt es so in Kapital, ohne dass es dazu nötig hätte, sich der von industrieller und selbstwucherischer Anlage unzertrennlichen Mühewaltung und Gefahr auszusetzen. Die Staatsgläubiger geben in Wirklichkeit nichts, denn die geliehene Summe wird in öffentlich leicht übertragbare Schuldscheine verwandelt, die in

ihren Händen fortfungieren, ganz als wären sie ebensoviel Bargeld“ (S. 782f).

Ganz anders dagegen die Sicht der klassischen Ökonomen, die staatliche Ausgaben für unproduktiv halten, da sie nicht zu einer Erhöhung des Wohlstandes beitragen, sondern einen Akt der Zerstörung darstellen.

Adam Smith wirft dem Staat eine Vergeudung von Kapital vor, weil er mit den Mitteln, die er den Bürgern entzieht, nur unproduktive Arbeit unterstützt: „Das Kapital, welches die ersten Staatsgläubiger der Regierung vorstrecken, (hört) von dem Augenblick an, wo sie es herliehen, (auf) ein Kapital zu sein und (wurde) zu einem Einkommen, dass es aufhörte, produktive Arbeiter zu unterhalten und zum Unterhalt unproduktiver diente, dass es oft in einem einzigen Jahr ausgegeben wurde, ohne auch nur die Hoffnung einer künftigen Reproduktion übrig zu lassen“. Einer der schärfsten Kritiker der Staatsverschuldung war David Ricardo. Nach ihm ist die öffentliche Verschuldung die schrecklichste Geißel, die je zur Plage der Nationen erfunden wurde. Auch er unterstellt einen unproduktiven Staat. Die liberalen Vorstellungen verlangten einen Minimalstaat, der ein ausgeglichenes Staatsbudget vorlegt. Diese Gedanken sind noch im Grundgesetz in Art. 115 aufspürbar. Hiernach darf sich der Staat nur in Höhe staatlicher Investitionen verschulden.

Zu Beginn des letzten Jahrhunderts waren die staatlichen Aufgaben eingeschränkt, für die wirtschaftliche Entwicklung wurde es als vorteilhaft angesehen, wenn der Staat nur die Rahmenbedingungen festlegen und so wenig wie möglich das wirtschaftliche Geschehen beeinflussen würde. In der großen Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre hat der Staat vermehrt Aufgaben übernommen. Insbesondere durch den englischen Ökonomen John Maynard Keynes wurde dem Staat eine Stabilisierungsaufgabe zugeordnet. Seit Mitte des letzten Jahrhunderts hat der Staat ständig weitere Kompetenzen an sich gerissen. Sobald in der Gesellschaft irgend ein Problem auftauchte, wurde mehr und mehr der Staat für die Lösung verantwortlich gemacht. Dadurch wurden in gewisser Weise

die Bürger entmündigt, sie waren in immer geringerem Maße für ihr Lebensschicksal selbst verantwortlich. Unter Verletzung des Prinzips der Subsidiarität hat der Staat (schwedisches System der Vollversorgung) die ökonomische Absicherung der Bürger übernommen, so dass der Wille zur Eigenverantwortung mehr und mehr nachgelassen hat. Für die zunehmende Globalisierung, die Produktivitätsgewinne schaffte, aber auch ökonomische Gefährdungspotentiale schuf, konnte der Staat die Zustimmung der Bevölkerung nur durch eine immer weiter ausgreifende Sozialpolitik erreichen. Die Politik war in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts der Meinung, dass sie wirtschaftspolitisch die konjunkturelle Situation in den Griff bekommt [2].

Es ist nun zu fragen, ob die neoliberale oder die keynesianische Position der verstärkten bürokratischen Verantwortung gegenüber dem Bürger ethischer ist und wie in diesem Zusammenhang die zunehmende Staatsverschuldung ökonomisch und ethisch zu beurteilen ist.

### Staatsverschuldung aus ökonomischer Sicht

Bei der Staatsverschuldung muss unterschieden werden, ob der Staat seine Ausgaben für unproduktive oder investive Mittel einsetzt. In dem genannten Anfangszitat von Lorenz von Stein wird ein produktiver Staat, wie bei den Merkantilisten üblich, unterstellt. Demzufolge hat sich der Staat für die Entwicklung der Infrastruktur und des Bildungswesens usw. zu verschulden. Spätere Generationen sind Nutznießer dieser durchgeführten Investitionen und müssen sich durch ihre Rückzahlung an den Kosten der getätigten Investitionen beteiligen. Demzufolge hat ein Staat, der sich nicht verschuldete, nichts für die wirtschaftliche Entwicklung getan. Sollte er dennoch die Infrastruktur usw. verbessert und sich nicht verschuldet haben, dann hat die gegenwärtige Bevölkerung die ganze Investitionslast getragen. Schon Adam Smith unterschied zwischen den produktiven und den nicht-produktiven Staatsausgaben. Soweit ein Staat Investitionen durchführt, ist, wie bei Firmen, eine Verschuldung gerechtfertigt. Ein Unternehmen mit hohen Aktiva wird auch hohe Passiva haben, d.h. verschuldet sein. Gleiches lässt sich für den

## Fortsetzung: Ist unsere Staatsverschuldung ethisch noch vertretbar?

Staatshaushalt sagen. Ein Staat, der Umweltschutzaufgaben übernimmt, die Infrastruktur verbessert, Forschung und Bildung unterstützt, kann einen Teil dieser Ausgaben über Kredite finanzieren, wie es Art. 115 des GG erlaubt. Allerdings sollten die laufenden Staatsausgaben durch laufende Einnahmen gedeckt sein.

Die keynesianische Wirtschaftstheorie hat herausgearbeitet, dass der ausgeglichene Staatshaushalt, den die Neoliberalen und Monetaristen fordern, nur über dem Konjunkturzyklus erreicht werden muss. Ein Staat sollte das Potential zur kurzfristigen Verschuldung haben, wenn er im Fall einer Rezession Anreize für die wirtschaftliche Entwicklung gibt. Die dann aufgenommenen Schulden sollten in der Boom-Phase wieder zurückgezahlt werden. Diese Idee liegt hinter der keynesianischen Fiskal- bzw. Finanzpolitik. Leider wurde in der Wirtschaftspolitik nur der erste Teil beherzigt. Der Staat hat sich zur Verbesserung der konjunkturellen Lage verschuldet und sich dann bei angesprungenener Konjunktur und sprudelnden Finanzquellen weiter verschuldet.

### Verwendung entscheidend

Das Entscheidende ist also nicht die Staatsverschuldung als solche, sondern die Verwendung der Staatsausgaben. Wenn der Staat durch seine Investitionen zu einer Erhöhung des volkswirtschaftlichen Angebots derart beiträgt, dass Angebot und Nachfrage in gleicher Weise ausgedehnt werden, dann ist die Staatsverschuldung weder inflationär noch eine spätere Belastung für die Enkel. Das Problem der europäischen Staaten liegt nur deshalb in der hohen Staatsverschuldung, weil die Ausgaben für soziale Zwecke getätigt wurden und der Anteil der Investitionen an den Staatsausgaben kontinuierlich zurückging. Es fragt sich nun, wie es dazu gekommen ist, dass der Staat so unökonomisch entschied. Inwieweit sind Politiker für diese Entwicklung verantwortlich? In der Wirtschaftsethik wird zwischen verantwortungsethischen Ansätzen (Sozialethik) und individualethischen Ansätzen (Tugendethik) unterschieden. Wir müssen nun fragen, inwieweit aus diesen ethischen Sichtweisen die Staatsverschuldung erklärt werden kann.

### Wie erklärt sich die hohe Staatsverschuldung?

Die Staatsverschuldung ist nicht nur das Ergebnis einer mangelnden Politikertugend. Zwischen den Anreizen (bzw. Verantwortungsethik) und den Motiven (Individuethik) muss unterschieden werden. Auch Politiker sind Sünder und gefallene Menschen und verhalten sich demzufolge nicht immer gesellschaftlich optimal. Die Hauptursache der hohen Staatsverschuldung erklärt sich aber aus den verfassungsmäßigen Regeln unserer Gesellschaft.

Die neue politische Ökonomik (NPÖ) betont im Gegensatz zur älteren Wirtschaftstheorie, dass sich Politiker wie normale Bürger nutzenmaximierend verhalten. Max Weber unterstellte noch, dass Politiker das Gemeinwohl anstreben; die Makroökonomik übernimmt diesen Gedanken und übergibt dem Politiker eine große fiskalische und wirtschaftspolitische Verantwortung, weil unterstellt wird, dass die Politiker zum Besten der Bevölkerung entscheiden. Die Wirtschaft steht unter einem ethischen Vorbehalt, da sie nur gewinnmaximierend orientiert ist. Hiergegen wendet sich die NPÖ. Sie unterstellt, dass Politiker hauptsächlich ihre Wiederwahl anstreben. So wie der Unternehmer seinen Umsatz maximiert, so streben die Politiker eine Stimmenmaximierung an. Um Stimmen zu bekommen, müssen sie bestimmten gesellschaftlichen Gruppen „Bonbons zustecken“. Sie müssen sich hüten, die Wähler zu vergraulen. Daher können sie kaum langfristige Entscheidungen treffen. So erklärt sich die große Reformunfähigkeit der westeuropäischen Länder, da es selten Staatsmänner gibt, die ihre Visionen den Wählern vermitteln können. Politiker richten sich nach den sensiblen Wählergruppen und müssen staatliche Dienstleistungen anbieten. Steuererhöhungen sind unbeliebt. Daher wählt der Politiker den Verschiebeparkplatz und zieht die Staatsverschuldung vor.

Um weiter ausufernde Staatsverschuldung zu vermeiden, müssten Sanktionen gegenüber der politischen Klasse in die Verfassung aufgenommen werden. Das Problem der Wirtschaftspolitik besteht darin, dass die politische Klasse als Gesamtheit von den Bürgern in Deutschland nicht sanktioniert wer-

den kann. Es gibt weder einen Volksentscheid noch ein größeres Mitspracherecht des Bürgers. Walter Eucken, einer der Begründer der ordoliberalen Schule, hat dieses Problem nach dem Krieg erkannt und vorgeschlagen, dass eine gesonderte Kammer Gesetze des Bundestages überprüfen muss, ob sie wirtschaftspolitisch mit den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft übereinstimmen. Natürlich hat sich der Bundestag nicht binden wollen. [3] Auch der Nobelpreisträger Hayek hatte eine solche dritte Kammer als Korrektur vorgeschlagen. [4]

Neben den falschen Anreizen und dem Fehlen eines Sanktionsmechanismus ist auch der Wissensmangel zu erwähnen. Auf der einen Seite werden im deutschen Bildungssystem kaum volkswirtschaftliche Kenntnisse vermittelt. Die Bürger sehen die Zusammenhänge nicht immer und werden von der politischen Klasse manipuliert und fehlinformiert. Der Politiker gewinnt keine Wahlen, wenn er Fehler eingesteht. Man sucht die Probleme dann in der schlechten Konjunktur, im Ausland, usw. Die wissenschaftliche Politikberatung, auf die der ehemalige Bundeskanzler und Wirtschaftsminister Ludwig Erhard Wert legte, hat heute kaum Einfluss. Politiker entscheiden meist gegen den Rat der Wissenschaft. Wissensmangel in der politischen Klasse und in der Bevölkerung führen dazu, dass die Ursachen für die hohe Staatsverschuldung und deren langfristige Konsequenzen nicht beachtet werden. So hat die Wissenschaft schon seit Jahrzehnten auf das drohende Problem in der Rentenversicherung hingewiesen. Seit Jahrzehnten werden auf Schwachpunkte des Gesundheitswesens die Finger gelegt und die Politik wagt es nicht Reformen durchzuführen, die länger als ein Jahr halten. Immerhin sind im Gesundheitswesen schon, angefangen mit dem damaligen Bundesarbeitsminister Blüm, mehrere „Jahrhundertreformen“ durchgeführt worden, die kaum länger als ein bis zwei Jahre hielten.

Ein drittes Problem, auch schon von Walter Eucken erkannt, ist der Einfluss der Interessensverbände. Politiker können im Auftrag der Interessensverbände tätig sein. Sie können neben ihrem Abgeordne-

tenamt oder ihrem Regierungsamt auch noch für Interessengruppen wirken. Interessengruppen unterstützen die Parteien und erhalten dadurch Einfluss. Sie können über die Medien Politiker unterstützen oder gefährden. Von daher haben die Interessensverbände einen sehr starken Einfluss auf wirtschaftspolitische Entscheidungen. Arbeitsmarktreformen beispielsweise lassen sich nicht durchsetzen, weil die Politiker den Aufstand der Gewerkschaften fürchten. Gleichzeitig hat die Politik Aufgaben übernommen, die eigentlich in den Bereich der Tarifautonomie fallen, die die Politik nicht lösen kann, die zu einer hohen Staatsverschuldung führen, da die Folgen der nicht arbeitsmarktfreundlichen Tarifpolitik vom Steuerzahler zu finanzieren sind [5].

### Nachhaltigkeit als ethisches Postulat

Die Bibel ist gegenüber einer Verschuldung zurückhaltend. Sie warnt vor leichtfertiger Überschuldung (Sprüche 22,7; Ps. 37,21). Wer in Not geriet und einen Kredit aufnehmen musste (selbstschuldnerische Bürgschaft) der unterlag dem alle sieben Jahre stattfindenden Erlassjahr, in dem Schulden vergeben werden mussten. Die Bibel mag anscheinend keine langfristige Verschuldung, um zukünftige Generationen nicht zu belasten, d.h. die Fortsetzung von Sippe und Familie nicht zu gefährden.

In der wirtschaftsethischen Literatur wird das Prinzip der Nachhaltigkeit betont. In der modernen Theorie ist der Ansatz der Nachhaltigkeit zuerst verstärkt im Umweltbereich entwickelt worden. In den letzten Jahren wird das Problem der Nachhaltigkeit auch auf andere Politikbereiche übertragen. So wird auch von nachhaltiger Fiskalpolitik gesprochen. Die Staatsverschuldung muss demzufolge dem Prinzip der Nachhaltigkeit entsprechen.

Staatliche Schuldenaufnahme bedeutet nämlich nicht nur ein Verschieben der Gegenleistung, sondern auch ihr Abwälzen. Man spricht in dem Zusammenhang von einer „Lastenverschiebung“. Im Grunde genommen wird zwangsweise zu Lasten späterer Generationen eine Umverteilung vorgenommen, die naturgemäß an der Entscheidung nicht mitwirken kann-

## Fortsetzung: Ist unsere Staatsverschuldung ethisch noch vertretbar?

ten. Im BGB ist im Privatrecht ein Vertrag zu Lasten Dritter verboten. Nur im politischen Bereich können Politiker spätere Generationen belasten. Sie gehen Zahlungsverpflichtungen ohne besondere Vorsorge ein. Als Beispiele mögen die Rentenversicherung und auch die Integration der neuen Bundesländer dienen. Nach dem Umlageverfahren zahlen die heutigen Generationen ihre Beiträge, aus denen dann die laufenden Renten finanziert werden, wobei ein hoher Anteil mittlerweile aus dem Staatshaushalt hinzugefügt werden muss. Man hat in den 70er Jahren viele Stellen im öffentlichen Dienst geschaffen, ohne Vorsorge für die spätere Finanzierung der Renten zu treffen. Überhaupt ist die Wirtschaftspolitik oft inkonsequent. Da die Belastung über Lohnnebenkosten mittlerweile sehr hoch ist, will man die Beiträge senken und demzufolge die Vorsorge für das Alter teilprivatisieren. Die Riesterrente wird mit Zuschüssen des Staates schmackhaft gemacht; gleichzeitig wurde aber der Sparerfreibetrag halbiert, und damit eine Vorsorge (Sparen) bestraft!

Nach dem Prinzip der Haushaltertschaft, das auch für die Regierungen gilt, sollten höchstens Investitionen über Kredite finanziert werden. Wie schon erwähnt, sollten die späteren Generationen ihren Beitrag für Infrastrukturinvestitionen übernehmen. Der Staat verschuldet sich aber für die laufenden Ausgaben (Sozialausgaben), so dass hohe Zinsen und Rückzahlungen fällig werden; gleichzeitig wird die Sparbildung durch die steigenden Zinsen erschwert, was zu einer niedrigeren Kapitalbildung und damit langfristig zu niedrigerem Volkseinkommen und zu niedrigeren Löhnen führt. Die zukünftigen Generationen werden doppelt geschädigt: Sie haben einen geringeren Kapitalstock, erhalten niedrigere Löhne als möglich, und sollen daraus die hohen Schulden ihrer Großeltern bezahlen!

Privat hört man oft Eltern sagen: „Unsere Kinder sollten es besser haben!“ Es besteht kein Grund, warum diese Maxime nicht auch für die Wirtschaftspolitik ein Leitbild sein sollte. Die Politik verhält sich umgekehrt. Die Suppe unserer wirtschaftspolitischen Fehler mögen unsere Kinder auslöffen, Hauptsache wir haben die nächste

Wahl gewonnen! [6] Die Bundesrepublik Deutschland hat nach wissenschaftlichen Studien die größte Nachhaltigkeitslücke aller Industriestaaten. [7] Die Europäische Zentralbank und die Deutsche Bundesbank warnen schon seit längerer Zeit vor diesen Fehlentwicklungen, ebenso wie der Sachverständigenrat oder der wissenschaftliche Beirat beim Finanzministerium. Ein Abbau der Staatsschulden ist möglich. Einige Staaten haben es uns vorge-



Werner Lachmann, Ph.D.  
Professor für VWL

macht. [8] Während Japan sich von 1970 bis zu Jahre 2000 um 111% des BIP mehr verschuldet hat (2000:123%; 1970:12%) und alleine im Zeitraum von 1995 bis 2000 seine Verschuldung um 42% des BIP erhöht hat, hat Belgien zwischen 1995 und 2000 seine Verschuldung um 23% des BIP gesenkt; im gleichen Zeitraum waren Italien (13%), Griechenland (9%), Österreich (7%), Spanien (11%), die USA (15%), Niederlande (19%), Schweden (20%), Portugal (12%), Dänemark (20%), Finnland (12%), Großbritannien (9%) und Irland (42%) beim Abbau der Schuldenstandsquoten erfolgreich. Großbritannien hatte 1970 noch eine Schuldenstandsquote von 82%; im Jahre 2000 waren es nur noch 43%. Schweden hatte 1970 eine Schuldenstandsquote von 31%, 1995 von 76% und im Jahre 2000 nur noch von 56%. Deutschland hingegen hatte 1970 eine Schuldenstandsquote von 18%, die bis 1995 auf 57% anstieg und bis zum Jahre 2000 nochmals auf 60% anstieg. Schuldenabbau des Staates ist also möglich, wenn die politischen Eliten es wollen.

**Fazit: Ratlosigkeit herrscht vor**  
In der deutschen Wirtschaftspolitik herrscht Ratlosigkeit vor. Seit Jahrzehnten lässt sich die Arbeitslosig-

keit nicht abbauen. Das Ergebnis ist ein wirtschaftspolitischer Aktionismus ohne Ziel und ordnungspolitisches Leitbild. Der kleinste gemeinsame Nenner ist die Verschiebung der Reformen und eine Lastenverschiebung der Finanzierung auf Kinder und Enkel. Die Deutschen leben über ihre Verhältnisse. Der Staat wird durch hohe Verschuldung immer handlungsunfähiger und ist heute kaum noch in der Lage, die erreichte Infrastruktur den Kindern weiterzuerben.

Da die Tugend der Politiker nicht ausreicht (Motivationsethik), um Änderungen anzubringen, wäre es notwendig, die Rahmenbedingungen zu verändern. Die Bürger müssten bei der Verschuldung ein Mitspracherecht haben. Verfassungsmäßig dürfte es über den Konjunkturzyklus keine Staatsverschuldung geben, die über die Höhe der Nettoinvestitionen hinausgeht. Schwierigkeiten sind aber zu erwarten, da die durch diese Regel Bevorzugten sich selbst beschränken müssten, und es nicht zu erwarten ist, dass die politische Klasse die Tugend aufbringt, sich für bessere Rahmenbedingungen unserer Wirtschaft und Gesellschaft sowie Demokratie einzusetzen. Aus motivationsethischen Gründen wäre es notwendig, verantwortungsethisch zu handeln und die Rahmenbedingungen so zu verbessern, dass die Politiker nicht zu Lasten zukünftiger Generationen unser Volk noch weiter wirtschaftspolitisch schlecht regieren. Immerhin sind wir vom Wirtschaftswunderland zum ökonomischen Schlusslicht geworden, das ist nicht Schicksal, sondern das Ergebnis verfehlter Wirtschaftspolitik. Auf der einen Seite fehlen Staatsmänner wie Ludwig Erhard, die um einen gute Wirtschaftspolitik rangen, auf der anderen Seite fehlen Regelmechanismen, die den Politikern einen Anreiz geben, langfristig nachhaltige Entscheidungen zu treffen.

Werner Lachmann

### Anmerkungen

[1] Vgl. hierzu: W. Lachmann: Fiskalpolitik, Berlin et al 1987, Kap. 6: Fiskalpolitik kontrovers, S. 65ff.

[2] So konnte der Sprecher der SPD-Bundesfraktion am 3.6.1970 ausführen: „Die Politik der Koalition bedeutet: Kein Arbeitnehmer braucht aus konjunkturellen Gründen um seinen Arbeitsplatz zu ban-

gen und kein Unternehmer hat eine rezessive Nachfragerlücke zu befürchten.“

[3] Vgl. die Ausführungen in Heinz Grosseckler: Die Wirtschaftsordnung als Gestaltungsaufgabe. Entstehungsgeschichte und Entwicklungsperspektiven des Ordoliberalismus nach 50 Jahren Sozialer Marktwirtschaft, Münster, 1997 (Lit).

[4] Auch Hans Herbert von Arnim kritisiert die fehlenden Sanktionsmechanismen des Bürgers gegenüber der politischen Klasse. Vgl. z.B. Fetter Bauch regiert nicht gern. Die politische Klasse - selbstbezogen und abgehoben, München 1997 (Kindler).

[5] Vgl. auch Werner Lachmann. Verantwortung zwischen Eigen, Gruppen- und Gesamtinteresse, in: R. Haupt und W. Lachmann (Hrsg.): Unternehmensethik - wahre Lehre oder leere Ware, Neuhausen/Stuttgart 1998 (Hänsler), S. 55-70.

[6] So soll Bundeskanzler Kohl mehrmals gesagt haben: „Ich will nicht den Ludwig-Erhard-Preis gewinnen, sondern die nächsten Wahlen!“

[7] Vgl. hierzu die Ausführungen in Walter Hamm: Finanzpolitik für die kommenden Generationen, ORDO 53 (2002), S. 3-20.

[8] Vgl. hierzu Thomas Döring: Lässt sich ein Abbau der öffentlichen Verschuldung polit-ökonomisch erklären? Zeitschrift für Wirtschaftspolitik 51:2 (2002), S. 142-471.

## Rezension: Wirtschafts- und Unternehmensethik in der Marktwirtschaft

Wertgrundlagen, die volkswirtschaftliche und die betriebswirtschaftliche Sicht - von Werner Lachmann

**N**oll, Bernd: *Wirtschafts- und Unternehmensethik in der Marktwirtschaft*, Stuttgart et al 2002 (Kohlhammer), S. 206.

Es gibt Bücher, die man gerne liest; durch andere muss man sich durchquälen. Dieses Buch jedoch ist lebendig und kenntnisreich geschrieben, für Vorinformierte und Laien in gleicher Weise informativ. In zwölf Kapiteln begleitet uns der Autor durch wichtige wirtschaftsethische Problemstellungen unserer Zeit, wobei er nicht destruktiv-negativ argumentiert, sondern stets die Wichtigkeit der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und des Anreizsystems betont, ohne die individuelle Verantwortung des Einzelnen ganz auszuklammern. Ein umfangreiches Literatur- und Sachverzeichnis verhilft diesem Buch dazu, als Nachschlagewerk zum Aufspüren von Argumenten über ethische Problembe- reiche zu dienen.

Die zwölf Kapitel gliedern sich in fünf Teile. Im ersten Teil werden

die wirtschaftsethischen Grundla- gen gelegt. Die Beziehungen zwi- schen Ökonomik und Ethik werden dargestellt (Kap. 1). Grundlegende Begriffe und Konzepte werden in Kap. 2 vorgestellt. Hierbei betont der Verfasser, dies ist etwas außer- gewöhnlich, auch die Normen und Wertgrundlagen der Ethik.

Im zweiten Teil (Kap. 4-6) wird die volkswirtschaftliche Sicht wirt- schaftsethischer Probleme darge- stellt. Der Verfasser geht der Frage nach, inwieweit auch eine Markt- wirtschaft Moral benötigt und zeigt den Markt als moralschaffende In- stitution. In einem weiteren Kapitel geht er auf das Gerechtigkeitspro- blem einer Marktwirtschaft ein, und im wichtigen sechsten Kapitel geht es um Wirtschaftspolitik, De- mokratie und Moral.

Die betriebswirtschaftliche Sicht befindet sich im dritten Teil (Kap. 7-9), wo der Verfasser sich mit der Unternehmensethik beschäftigt. Er geht auf die ethische Verantwor- tung von Unternehmen ein, disku- tiert die ethische Kritik an der Ge-

winnmaximierung und erläutert ei- nige Konzepte zur Verbesserung des Ethikmanagements in den Un- ternehmen, wobei ein eigenes Ka- pitel auf Kodizes, Strategien und Instrumente eingeht.

Die individualethischen Aspekte werden in Kap. 10 abgehandelt, wo die Notwendigkeit der Individual- ethik für Unternehmen und Gesell- schaft betont wird. Das Kap. 11 be- schäftigt sich kenntnisreich mit dem Problem der Korruption. Sie wird nicht als Ethikversagen des Einzelnen dargestellt, sondern aus den gesellschaftlichen Rahmenbe- dingungen verstanden, wobei er die Frage der Moral einer Korruption und der Bekämpfung der Korrupti- on intensiv diskutiert. Das Ab- schlusskapitel stellt die Frage nach der Notwendigkeit des Altruismus.

Das Buch ist didaktisch hervorra- gend, es wird durch Beispiele und tiefe Untergliederungen auf- gelockert. Der Stoff wird zwar kenntnisreich aber dennoch praxis- relevant dargestellt. Es werden Hil- fen für konkrete Dilemmasitua-

tionen gegeben, wobei der Verfasser gleichgewichtig die betriebs- wirtschaftlichen und ökonomi- schen, die motivationsethischen und verantwortungsethischen Ar- gumente darstellt.

Als roter Faden erweist sich das Problem der Prinzipal-Agenten-Be- ziehung. Der handelnde Mensch steht in Gefangenen-Dilemmasitua- tionen, wobei sich die Frage stellt, wie dieses Problem gelöst wird. Der Verfasser zeigt klar, dass eine Lösung aus diesen Dilemmata nicht nur über Individualethik möglich ist (der Moralische ist dann immer der Dumme), sondern verantwor- tungsethisch und damit institutio- nethisch gelöst werden muss.

Zusammenfassend kann dieses Buch wegen der äußerst sachlichen und ausgewogenen Darstellung als Einstieg in die wirtschaftsethische Problematik empfohlen werden.

Werner Lachmann

## „Alles hat seine Zeit und alles Vorhaben unter dem Himmel hat seine Stunde“

Hat dieser Satz aus dem Alten Testament eine ökonomische Bedeutung? - von Otto Hass

**D**ieser Satz findet sich im alttestamentlichen Buch Kohelet (Prediger), Kap. 3,1. Bevor man entscheiden kann, ob sich dahinter eine ökonomische Bedeutung verbirgt, muss man über seinen Sinn nachdenken; nicht völlig frei, sondern eingedenk der Tatsache, dass die Heilige Schrift das Wort des Dreieinigen Gottes ist. Wer auf dies Wort hört, steht in der Gemeinschaft mit Gott, der in Christus war und die Welt mit sich selber versöhnt hat. (2.Kor 5,19) Wir hören daher zunächst einmal darauf, was die biblischen Schriften über die Zeit sagen.

Gott ist der Schöpfer der Zeit, denn wir lesen im Schöpfungsbericht (Gen 1,1 - 2,4) nach dem ersten Schöpfungsakt: „Da ward aus Abend und Morgen der erste Tag“. Eine solche Aussage wird nach jedem weiteren Schöpfungsakt wiederholt. Die Zeit ist in Gottes Hand:

„Deine Augen sahen mich, als ich noch nicht bereitet war, und alle Tage waren in dein Buch geschrieben, die noch werden sollten.“ (Ps 139,16) Gott verleiht der menschlichen Zeit Sinn und inhaltliche Fülle. Über die Zeit der Wüstenwanderung Israels können wir beispielsweise lesen: Der Herr hat dich getragen „wie ein Mann seinen Sohn trägt, auf dem ganzen Wege, den ihr gewandert seid“. (Dtn 1,31) Dass die Zeit in Gottes Hand ist, bestätigt auch das Neue Testament. „Meine Stunde ist noch nicht gekommen“ (Joh 7,30; 8,20), sagt Jesus in Situationen bedrohlicher Anfeindung; im Gebet vor der Gefangennahme heißt es: „Die Stunde ist da“ (Joh 17,1). Über die Zeit der Wiederkunft Christi erfahren wir nichts: „Denn der Menschensohn kommt zu einer Stunde, da ihr's nicht meint.“ (Lk 12,40; s. auch Mt 25,13; Apg 1,7) Gott bestimmt schliesslich das Ende der Zeit: „Es

soll hinfort keine Zeit mehr sein.“ (Apk. 10,6)

**Für alles gibt es eine bestimmte Stunde und eine günstige Zeit** ‘Alles hat seine Zeit und alles Vorhaben unter dem Himmel hat seine Stunde’, so lautet die Übersetzung des hebräischen Urtextes in der revidierten Fassung der Lutherbibel. Dem Urtext etwas näher ist die Übersetzung des Kommentators T. Krüger: ‘Für alles gibt es eine (bestimmte) Stunde, und eine (günstige) Zeit gibt es für jede Angelegenheit unter dem Himmel’ ([1], S.154). Gott gibt eine zeitliche Ordnung in der Welt vor, „nach der alles, was geschieht, in einer ihm zukommenden Zeit geschieht“ ([2], S. 97). Über uns ist schon immer verfügt, auch unsere Lebenszeit ist ein Teil dieser Ordnung (Koh 3,2). „Die Zeit zu sterben wird nicht vom Menschen bestimmt. Er kann sich ihr gegenüber nur annehmend

oder ablehnend verhalten“ ([2], S.100).

Koh 3,1 besteht aus zwei Teilen: ‘Alles hat seine Zeit’ und ‘Alles Vorhaben unter dem Himmel hat seine Stunde’. In zweierlei Hinsicht lassen sich beide Satzteile aufeinander beziehen:

(a) Alles hat zwar seine Zeit, ein Gelingen einer jeden Angelegenheit hängt aber von der für sie günstigen Zeitlage ab, die allerdings von Gott bestimmt wird. Insofern ist die Unverfügbarkeit der Zeit angesprochen. Es geht Kohelet nicht um ein pädagogisches Interesse, den Menschen anzuleiten, „die Bedingungen der Möglichkeit gelingenden Handelns“ ([2], S.97) zu erkunden, die günstige Zeitlage zu ermitteln und entsprechend zu handeln. Das Subjekt des Handelns ist Gott und nicht der Mensch.

(b) Vollständige Entmutigung ist aber nicht die Absicht des Textes:

## Fortsetzung: „Alles hat seine Zeit“

Es sind immerhin für jeden Menschen „trotz seiner begrenzten Lebenszeit“ günstige Zeitlagen für seine Vorhaben vorhanden. ([1], S. 156) „Da der Mensch in seiner Endlichkeit die göttliche Ewigkeit nicht fassen kann, soll er den begrenzten Augenblick ‘in seinem Leben’ ergreifen: Carpe diem (Horaz; d.h. pflücke den Tag/nutze den Tag). Dies aber geschieht nicht außerhalb des göttlichen Tuns, sondern gerade hier ist Gott als Geber aller Gaben in der Zeit präsent.“ ([2], S. 108)

Es war kein geringerer als Aurelius Augustinus (geboren 354 im nordafrikanischen Thagaste, gestorben 430 als Bischof der Küstenstadt Hippo Regius), der fest im christlichen Glauben verwurzelt mit „kritischem Scharfsinn und hohem intellektuellen Anspruch“ ([3], S. XII) sich der Frage annahm, was die Zeit eigentlich ist. Das gesamte Kapitel 11 seiner ‘Confessiones’ befasst sich mit dem Versuch einer Antwort auf diese Frage. ([3], [4]) Seine erste Beobachtung: „Wenn niemand mich danach fragt, weiss ich es (was die Zeit ist); wenn ich es einem Fragenden erklären will, weiss ich es nicht.“ ([3], S. 25) Augustinus unterscheidet zwischen einer ‘lebensweltlichen’ und einer ‘wissenschaftlichen’ Betrachtung der Zeit.

Lebensweltlich herrscht immer Gegenwart. Wir heben davon die Vergangenheit ab, sie umfasst das, was die Gegenwart hinterlässt. Lebensweltliche Zukunft entsteht durch Projektion dessen, „was wir wollen oder nicht wollen“. ([5], S. 174)

Die wissenschaftliche Behandlung steht vor erheblichen Problemen, weil wir uns bei der Betrachtung der Zeit nicht von der Zeit befreien können. Wir leben in der Zeit und stehen daher der Zeit nicht als objektive Beobachter gegenüber. Jedes wissenschaftliche Reden von der Zeit setzt die Zeit unaufhebbar voraus. Es ist somit vernünftig, nicht danach zu fragen, was die Zeit ist, sondern das lebensweltliche Zeitverständnis vorauszusetzen, um es dann zum besseren Verständnis wissenschaftlich lediglich auszulegen. ([6], S.126) So wollen wir auch im weiteren verfahren.

Lebensweltlich herrscht immer Gegenwart, die Position des Beob-

achters ist stets die Gegenwart. Die Unterscheidung von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft ist vom jeweiligen Beobachter abhängig. Aus der Sicht dieses Beobachters besteht ein „kategorialer Bruch zwischen Vergangenheit und Gegenwart auf der einen und Zukunft auf der anderen Seite“. ([6], S.131 f) Vergangenheit und Gegenwart zählen zur Kategorie der Wirklichkeit, Zukunft zur Kategorie der Möglichkeit. Die neuzeitliche wissenschaftliche Welterkenntnis befasst sich mit den Dingen, „von deren Existenz wir durch unsere Sin-



Dr. Otto Hass

Universität Erlangen-Nürnberg ne unmittelbar oder mittelbar Kenntnis erhalten“ ([7], S.190) Unsere Wissenschaft hat es mit Erfahrung zu tun, also nur mit der Vergangenheit und der Gegenwart, nicht mit der Zukunft: „Erst wenn das, was aus dem Erwartungsraum der Zukunft und über diesen formuliert worden ist, in den Beobachtungsraum der Gegenwart eintritt, lassen sich darüber wahrheitsfähige Sätze äußern, dann sind es aber keine futurischen Sätze mehr.“ ([5], S. 174 f) Futurische Sätze haben daher keinen Wahrheitswert, sie sind lediglich logische Folgerungen aus vorgegebenen Annahmen. Dies wußte bereits Aristoteles: „Mithin leuchtet ein, dass nicht alles notwendig ist oder geschieht, sondern manches auch zufällig, und das eine Mal so, dass die Bejahung bei ihm um nichts wahrer ist als die Verneinung, das andere Mal aber so, dass das eine zwar wahrer ist und meistens geschieht, jedoch unbeschadet der Möglichkeit, dass auch das andere geschieht und jenes erste nicht.“ ([8], S.10)

Lebensweltliche Zukunft entsteht durch Projektion dessen, „was wir wollen oder nicht wollen“. W.Ch.

Zimmerli verweist zur Erläuterung dieses Satzes auf das Orakel von Delphi. ([6], S.127) Der Lyder-König Kroisos holte sich Rat, kurz bevor er sich zur Schlacht am Halys gegen den Perser-König begab. Pythia: Wenn du den Halys überschreitest, wirst du ein großes Reich zerstören. Diese Aussage ist nicht eindeutig. Kroisos wollte sein Reich vergrößern und entschied sich für den Angriff. Er irrte und zerstörte sein eigenes Reich. Zukunftsaussagen haben keinen Wahrheitsgehalt, sondern sie stellen uns vor eine Entscheidungssituation. Zukunftsaussagen hängen von der Wertung des Entscheidungsträgers ab.

Es ist bemerkenswert, dass philosophische Überlegungen offensichtlich den biblischen Befund bestätigen, dass die künftige Zeit für den Menschen unverfügbar ist, obwohl sie ihrem Selbstverständnis entsprechend den Satz, dass die Zeit in Gottes Hand ist, nicht aufnehmen können.

Was bedeutet dies alles nun für die ökonomische Wissenschaft, die es in vielfältiger Weise mit Zukunftsaussagen, mit ‘Prognosen’ zu tun hat. P. Mertens erläutert in seinen einleitenden Bemerkungen zur ‘Prognoserechnung’ ([9], S. 15 f) die Leistungsfähigkeit solcher Rechnungen. Er räumt ein, dass die gegenwärtigen (1973) Modelle noch unbefriedigend sind, rechnet aber künftig mit wesentlicher Verbesserung: „Es besteht kein Zweifel, daß auf dem Gebiet der Prognosetheorie noch sehr viel Forschungsarbeit vor uns liegt.“ Es geht ihm um die „Rationalisierung der Prognose“, „menschlicher Vorhersage“ sollte nur dann der Vorzug gegeben werden, wenn die Anwendung eines Prognosemodells im Verhältnis zum Ertrag zu teuer ist. Wahre Zukunftsaussagen werden hier für möglich gehalten, wenn auch die Forschungsergebnisse z.Zt. noch nicht ausreichend sind.

Bei Mertens ist ‘Prognose’ das, was Zimmerli eine ‘Prognose vom explanatorischen Typ’ nennt. Als Beispiel kann an die Verwendung einer Regressionsgeraden gedacht werden: Ist eine ökonomische Größe in den vergangenen vier Jahren gemessen worden und unterstellt man einen linearen Zusammenhang, so lässt sich ein Schätzwert für diese

ökonomische Größe im 5. Jahr (das noch der Zukunft angehört) errechnen. Die Bestimmung des 5. Wertes hängt wesentlich von der Wahl eines linearen Trends ab. Es ist mathematisch kein Problem, den Schätzwert unter der Annahme eines progressiv ansteigenden Trends zu errechnen. Man sieht, dass die Prognose vom explanatorischen Typ sich gar nicht mit dem „Raum der zeitlichen Zukunft, die wir lebensweltlich erwarten“ befasst, sondern er bleibt unter der Entscheidung für einen linearen Trend im „logischen Folgerungsraum“ ([5], S. 170) eingeschlossen.

Bei den Griechen bzw. im biblischen Glauben war die teleologische Weltbetrachtung noch eine Selbstverständlichkeit. Wir sehen an den Ausführungen von Mertens eine Konsequenz der mit der Neuzeit beginnenden Tendenz, das Teleologische aus der Naturbetrachtung auszuklammern. Wahre Zukunftsaussagen sind dann nur unter der Voraussetzung eines streng deterministisch ablaufenden Naturgeschehens denkbar. Determinismus heißt aber, dass es gar keiner wirklichen Zukunftsaussagen bedarf, denn Vergangenheits- und Gegenwartsaussagen sind zugleich Zukunftsaussagen. Der Determinismus ist zwar am Anfang des 19. Jahrhunderts noch ernsthaft vertreten worden, heute aber nicht mehr möglich.

Es war voreilig, mit dem Beginn der neuzeitlichen Wissenschaft das Teleologische aus der Naturbetrachtung völlig herauszunehmen. Wir sollten auf den Gedanken verzichten, dass es der Wissenschaft irgendwann gelingen könnte, die Zukunft zu beherrschen; wir müssen die Unverfügbarkeit der Zukunft fest in unserem Denken und auch in unserem Handeln verankern. Es geht um die Eintübung des „Umgangs mit Nichtwissen“ ([6], S.142).

Was bedeutet dies für die Lebenswelt des Menschen? Die lebensweltliche Zukunft ist unverfügbar, sie entsteht durch Projektion dessen, was wir wollen oder nicht wollen. Die Exegese von Koh 3,1 ermutigt, wie bereits dargelegt wurde, den Menschen zu handeln, denn es besteht die Chance der günstigen Zeitlage. Carpe diem! Angesprochen wird hiermit die Freiheit und

## Fortsetzung: „Alles hat seine Zeit“

die Verantwortung des Menschen. 'Was wir wollen oder nicht wollen' muß verantwortlich bestimmt werden. Verantwortung ist eine Forderung der gesamten Bibel, insbesondere des Neuen Testaments, insofern, als Gott eine Antwort verlangt auf die den Menschen gewährte Versöhnung. ([10], S.118)

Für die ökonomische Wissenschaft bedeutet dies keineswegs die Forderung nach Abkehr von allen bisher praktizierten Methoden. Es darf keine Barriere gegenüber den bisherigen wissenschaftlichen Methoden, insbesondere gegen den Einsatz der Computertechnik aufgebaut werden. Ihr Betätigungsbereich ist Vergangenheit und Gegenwart, wie bereits dargelegt. Lediglich bei dem Versuch Zukunftsaussagen zu wagen, sollten in bescheidenem Maße teleologische Gesichtspunkte zur Geltung kommen. Es sollte nicht zuerst gefragt werden, was lässt sich aus den Vergan-

genheits- und Gegenwartswerten extrapolieren, sondern, was wollen wir und was wollen wir nicht. ([5], S.180) Sind diese Fragen durch eine oder mehrere Antworten entschieden, das Ziel oder die Ziele festgelegt, ist sodann zu überlegen (auch unter Heranziehung bisheriger Prognosemethoden), ob bzw. wie die Ziele aufgrund der Vergangenheits- und Gegenwartsdaten realisiert werden könnten. Der christlich Gesinnte wird bei der Bestimmung der Ziele auch die biblische Ethik zur Geltung bringen.

*Otto Hass*

### Literaturverzeichnis

- [1] Krüger, Th.: Kohelet. Biblischer Kommentar Altes Testament, Bd. XIX (Sonderband), Neukirchen-Vluyn 2000  
 [2] Schienhorst-Schönberger, L.: Nicht im Menschen gründet das Glück (Koh 2,24). Kohelet im Spannungsfeld jüdischer Weisheit und hellenistischer Philosophie.

Freiburg - Basel - Wien - Barcelona - Rom - New York, 2. Aufl. 1996

[3] Augustinus, A.: Was ist die Zeit? (Confessiones XI), Lateinisch - Deutsch. Eingeleitet, übersetzt und mit Anmerkungen versehen von N. Fischer. Hamburg 2000

[4] Augustinus, A.: Confessiones, Lateinisch - Deutsch. Eingeleitet, übersetzt und erläutert von J. Bernhart. München 1980

[5] Zimmerli, W.Ch.: Hat die Natur eine Zukunft? In: Kerner, M. (Herausgeber): Evolution und Prognose. Beiträge des ersten interdisziplinären Kolloquiums der RWTH Aachen vom 15.-17.10.1987 zum Problem vorausschauender Gestaltung technischer Entwicklungen. Aachen 1990, S. 169 - 184

[6] Zimmerli, W.Ch.: Zeit als Zukunft. In: Gimmler, A.; Sandbothe, M.; Zimmerli, W.Ch. (Herausgeber): Die Wiederentdeckung der Zeit. Reflexionen - Analysen - Konzepte. Darmstadt 1997, 126 - 147

[7] Essler, W.K.: Welterkenntnis. In: Hochkeppel, W. (Herausgeber): Die Antworten der Philosophie heute. München 1967, S. 190 f

[8] Aristoteles: Lehre vom Satz. In: Philosophische Schriften 1, übersetzt von E. Rolfes, Hamburg 1995

[9] Mertens, P. (Herausgeber): Prognoserechnung. Würzburg - Wien, 1973

[10] Würthwein, E.; Merk, O.: Verantwortung. Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1982

## Ethische Aspekte der Globalisierung

Eine Analyse der Globalisierungskritik unter verantwortungsethischen Gesichtspunkten - von Werner Lachmann

Mitte der 90er Jahre verstärkte sich die Kritik an der zu beobachtenden weltweiten Globalisierung der Wirtschaftsbeziehungen. Die Gruppe von Lissabon (1995/1997) kritisierte den internationalen Wettbewerb und zeigte seine Grenzen auf. Das Wort von der Globalisierungsfalle machte die Runde (Martin/Schumann). Die Vorteile der Globalisierung wurden als „Globalisierungslügen“ entlarvt (Boxberger/Klimenta). Am 3. Juni 1998 wurde in Paris ATTAC gegründet, deren Mitglieder sich für eine Bändigung der Finanzmärkte und um die Verteidigung des Sozialstaats bemühten (Wilamowitz-Moellendorff). [1] Die Debatte über die Chancen und Grenzen der Globalisierung wird äußerst emotional geführt. Vielleicht erklärt sich der hohe Grad der Emotionalität aus dem Gefühl der Ohnmacht, das einzelne Menschen gegenüber den anonymen Marktkräften empfinden. Für die einen ist eine weitere Globalisierung das Allheilmittel zur Lösung der nationalen wirtschaftspolitischen Probleme, insbesondere der Eindämmung überzogener Ein-

griffe des Nationalstaates; für die anderen stellt die Globalisierung die Ursache aller wirtschaftlichen Probleme der Nationalstaaten dar. Im Dezember 1999 war die Antiglobalisierungsbewegung so stark organisiert, dass es ihr gelang, das Treffen der Repräsentanten der Globalisierung, nämlich Weltbank und Internationaler Währungsfond, mit 50.000 Menschen zu torpedieren. Über 1.500 Nicht-Regierungsorganisationen aus aller Welt schlossen sich einer Erklärung gegen die neu gegründete Welthandelsorganisation (WTO) an. Der nach langen Verhandlungen erreichte Schritt zur stärkeren Liberalisierung der Weltmärkte und ihrer vertraglichen Absicherung wurde von den Globalisierungskritikern heftig bekämpft. Die einen betonen die positiven Folgen der Globalisierung, die anderen sehen nur die negativen. Wie ist der Globalisierungsprozess ethisch zu bewerten?

### Neuer Wein in alten Schläuchen?

Seit dem Fall der Mauer und dem Zusammenbruch der Sowjetunion hat der Sozialismus an Anziehungskraft verloren. Die Kritiker

der marktwirtschaftlichen Ordnung haben kein Leitbild mehr, das sie Jahrzehnte aus ethischen Gründen gegen die so genannte freie Marktwirtschaft setzten. Betrachtet man die Gruppierungen, die sich in der äußerst heterogenen Bewegung des ATTAC zusammengefunden haben, stellt man fest, dass es die bekannten Antimarkt-Gruppierungen sind, die schon in den 60er Jahren die marktwirtschaftliche Ordnung ablehnten und statt der nutzenmaximierenden Gesellschaft eine „Befreiung zur Solidarität“ (Gollwitzer, 1978) propagierten. Er stellte auch die Frage, ob Christen Sozialisten sein müssen (Gollwitzer, 1976). Aus ethischen Gründen, insbesondere aus der empfundenen Ungerechtigkeit und Benachteiligung der Armen, setzten sich viele Studenten für den ethisch besser klingenden Sozialismus ein und bekämpften Liberalisierung und Wettbewerb als inhuman.

Liest man die Forderungen der Globalisierungsgegner und analysiert die sie unterstützenden Gruppierungen, dann lässt sich vermuten, dass sich in der Globalisie-

rungskritik wiederum kritische Gruppierungen zusammengefunden haben, die im Grunde eine marktwirtschaftliche Ordnung ablehnen. Wurde in den 60er und 70er Jahren des letzten Jahrhunderts die Marktwirtschaft mehr auf nationaler Ebene abgelehnt und wendete man sich sehr stark gegen den Imperialismus der USA, so sind die Bretton-Woods-Organisationen (Weltbank, Internationaler Währungsfonds) in das Zentrum der Kritik geraten. Die gegen Ende des Zweiten Weltkriegs vereinbarte stärkere Liberalisierung der Weltmärkte mit dem Bemühen, der Liberalisierung eine vertragsrechtliche Basis zu geben, soll rückgängig gemacht werden. Wie in den 60er und 70er Jahren wendet man sich mit moralischen Argumenten gegen wahrgenommene Ungerechtigkeit in der Verteilung der weltwirtschaftlichen Wohlfahrt. [2] Es ist nun zu fragen, was die Globalisierungsgegner wollen und was unter Globalisierung zu verstehen ist.

### Was ist Globalisierung und was sind die Vorwürfe ihrer Gegner?

Die Globalisierung bezeichnet eine



## Fortsetzung: Ethische Aspekte der Globalisierung

weitere Entwicklung der Liberalisierung der Weltmärkte. Bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs stiegen Wohlstand und Welthandel an. Wirtschaftshistoriker kamen zu dem Ergebnis, dass die stärkere Liberalisierung der Weltmärkte Ursache für den beobachteten Wohlstandsanstieg sei. Begründet wurden die positiven ökonomischen Folgen mit den positiven Auswirkungen verstärkter Arbeitsteilung. In der Zwischenkriegszeit hatten die europäischen Staaten die Liberalisierungsbemühungen eingeschränkt, sind zu einer nationalen Wirtschaftspolitik übergetreten (beggar thy neighbour policies), in deren Folge es zur Weltwirtschaftskrise kam. Die einzelnen Staaten versuchten sich auf Kosten der Handelspartner zu sanieren und unterlagen damit einem Gefangenendilemma, so dass alle Länder anschließend schlechter standen als bei marktwirtschaftlicher Kooperation. [3]

Nach dem Zweiten Weltkrieg versuchte man durch Kooperation (vertragliche Vereinbarungen über Handels- und Währungspolitiken) der Gefangenendilemma-Situation zu entgehen und bemühte sich um eine stärkere Liberalisierung der außenwirtschaftlichen Beziehungen. Dadurch kam es zu großen Wohlfahrtssteigerungen in solchen Staaten die sich den Liberalisierungsbemühungen anschlossen. Dabei wurden anfänglich fertige Produkte exportiert. Wegen enorm sinkender Transportkosten und der Verbesserung der Kommunikationsmöglichkeiten waren Firmen in der Lage, den Produktionsprozess zu internationalisieren (slicing the value-added-chain). Internationale Konzerne produzierten in den Ländern, die die günstigsten Rahmenbedingungen boten und Produkte waren nicht mehr eindeutig als nationale Produkte erkennbar. Diese Internationalisierung des Produktionsprozesses innerhalb der einzelnen Firmen wird als Globalisierung bezeichnet. [4]

In den letzten 50 Jahren hat sich das reale Weltszialprodukt mehr als verzehnfacht, das reale Weltexportvolumen mehr als verzehnfacht, in einem noch höheren Maße sind Direktinvestitionen und monetäre Transaktionen angestiegen. Am rasantesten war der Anstieg des Volumens der Weltfinanzmärkte.

Im Zeitraum von 1988-1993 betragen die jährlichen ausländischen Direktinvestitionen ca. 190 Mrd. US\$. Sie stiegen bis 1995 auf 331,8 Mrd. US\$ und 1999 auf 865,5 Mrd. US\$ an [5]. Ca. 360.000 internationale Konzerne haben 690.000 Tochterunternehmen. Die größten 100 nicht-finanziellen transnationalen Unternehmen haben 2 Bill. US\$ Aktiva, deren Tochterfirmen beschäftigen über 6 Mio. Arbeitnehmer und ihr Umsatz beträgt 2 Billionen US\$. Die Globalisierungskritiker behaupten, dass die Globalisierung Reiche reicher und Arme ärmer macht, dass die Entwicklungsländer durch die multinationalen Unternehmen ausgebeutet werden, dass in den Industrieländern verstärkt Arbeitsplätze verloren gehen und der Lebensstandard abgesenkt wird (Freeman). Sie befürchten ein Zurückdrängen der sozialen Fortschritte und fürchten, dass der Sozialstaat gefährdet ist (race to the bottom). Ferner sehen sie die Gefährdungen der Demokratie, da die Wirtschaft der Politik das Ruder aus der Hand nimmt. Außerdem sorgen sie sich um die Stabilität der internationalen Finanzmärkte, die, wie die Mexiko-, Asien-, und Argentinienkrise zeigten, negative reale Auswirkungen, insbesondere auf die Armen der einzelnen Länder hat. Zur Überwindung fordern sie eine Reformierung und Demokratisierung des Internationalen Währungsfonds, eine Forderung, die schon in den 70er Jahren von den Kritikern erhoben wurde. Die Kritik erfolgt stets mit Hilfe verteilungsethischer Argumente.

### Welche ethischen Maßstäbe müssen angelegt werden?

Eine ethische Bewertung lässt sich nicht eindeutig vornehmen, da es hierfür verschiedene Ansatzpunkte gibt. [6] So muss unter anderem darauf geachtet werden, wie groß die Gruppe ist, unter deren Mitgliedern wirtschaftliche Kontakte stattfinden. Tauschhandlungen in kleinen Gruppen lassen sich ganz anders organisieren und überwachen als solche in großen anonymen Gruppen, wo man den Tauschpartner nicht kennt. Ebenfalls werden die ethischen Anforderungen und Gegebenheiten bei regelmäßigen Tauschkontakten anders sein als bei gelegentlichen Tauschkontakten, wie es beispielsweise beim Immobilienkauf der Fall ist. Traditionell wird unterschieden zwischen der

Individual- oder Tugendethik, hierbei kommt es auf das moralische Verhalten des Einzelnen an. Die Motive des Handelns spielen die entscheidende Rolle. Eine hohe Tugend kann durch Sanktionen in einer kleinen Gruppe durchgesetzt werden, da die Handlungen der einzelnen Tauschpartner gesellschaftlich sanktioniert werden können. Der Einzelne will seine Reputation nicht verlieren und wird demzufolge die versprochenen Leistungen auch erbringen. In diesem Zusammenhang spielt das erworbene Vertrauen eine große Rolle, wie am Beispiel des Diamantenhandels gezeigt werden kann (Noll).

Anders liegt die Situation bei großen anonymen Märkten wie beispielsweise dem organisierten Wertpapierhandel. Die Tauschpartner kennen sich nicht. In einem solchen Fall werden institutionenethische Überlegungen angestellt, d.h. es kommt auf die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen an. Die Regeln müssen so sein, dass Gefangenendilemmata vermieden werden. Der Welthandel und die Globalisierung können also nicht mit den Argumenten der Tugendethik, sondern müssen mit den Argumenten der Institutionenethik oder Verantwortungsethik (Max Weber) beurteilt werden. Nicht die Motive sind entscheidend, sondern die Ergebnisse, die in einem hohen Maße von der Anreizstruktur gesellschaftlicher Rahmenbedingungen abhängen. Die Kritik der Globalisierungsgegner muss daher verantwortungsethisch überprüft werden. In den letzten Jahrzehnten ist ein weiterer ethischer Aspekt in die Diskussion geworfen worden, nämlich der der Nachhaltigkeit; die intergenerative Gerechtigkeit wird hier betont. Es muss also bei der Bewertung der Rahmenbedingungen darauf geachtet werden, dass auch zukünftige Generationen noch am wirtschaftlichen Fortschritt teilhaben können. Das Problem der Nachhaltigkeit wurde anfänglich in der Umweltdiskussion herausgearbeitet. In der letzten Zeit wurden auf viele wirtschaftspolitische Probleme die Fragen der Nachhaltigkeit einbezogen (Gesundheitswesen, Staatsfinanzen).

In diesem Beitrag können wir nicht vertieft in die wirtschaftsethische Diskussion einsteigen. Erwähnt werden soll jedoch auch der Aspekt

der Freiheit, der einen ethischen Stellenwert genießt. In der Diskussion mit den Globalisierungskritikern ist die Frage zu stellen, ob durch Globalisierung der Freiheitsgrad eingeschränkt wird (wie es die Globalisierungskritiker behaupten), oder erweitert wird (wie es die Globalisierungsbefürworter sehen). Oft wird Freiheit und Gleichheit zusammen gefordert. Unter dem Hinweis darauf, dass alle Geschöpfe vor Gott gleich seien, verlangt man auch in wirtschaftlichen Dingen eine größere Gleichheit. Hierbei ist zwischen den gleichen Startchancen und einer Gleichheit der Ergebnisse zu unterscheiden. Auf einem Lübecker Portal ist ein Spruch zu lesen, der das Problem von Freiheit und Gleichheit treffend darstellt:

Freiheit und Gleichheit, welch' Unverstand.  
Die tödlichsten Feinde zusammenge-spannt.  
Ungleich wird alles, entwickelt sich's frei.  
Gleichheit bedarf der Tyrannei.

### Ethische Bewertung des Wettbewerbs

Eine Überprüfung der Argumente der Globalisierungsgegner zeigt, dass im Zentrum eine unbegründete Angst vor den Folgen des Wettbewerbs steht. Schon in den 60er und 70er Jahren des letzten Jahrhunderts wurde der Wettbewerb von den Kritikern aus motivationsethischen Gründen hinterfragt. Die gesellschaftlichen Beziehungen sollten nicht auf den Prinzipien Wettbewerb, Konkurrenz und gegenseitige Vernichtung beruhen, sondern auf dem Prinzip der Nächstenliebe (Lachmann 1988b). Somit stellt sich die Frage nach den gesellschaftlichen Aufgaben des Wettbewerbs.

Was sind nun die Funktionen eines Wettbewerbs? Hierbei ist zwischen ökonomischen und gesellschaftspolitischen Aufgaben zu unterscheiden. Zu den ökonomischen Herausforderungen gehört, dass der Wettbewerb eine effiziente Marktversorgung gewährleistet, die durch die Erfüllung folgender Funktionen erreicht wird (Lachmann, 2004, Kap. 5.1):

**Steuerungsfunktion:** Der Wettbewerb sorgt für ein Angebot, dass den Konsumentenpräferenzen entspricht und insbesondere betonen

## Fortsetzung: Ethische Aspekte der Globalisierung

die Befürworter der Globalisierung, dass der Wettbewerb zu einer breiteren Konsumpalette führt, da das Angebot vielseitiger wird, wodurch die Konsumenten einen zusätzlichen Nutzen erhalten.

**Allokationsfunktion:** Unternehmer erhalten durch den Wettbewerb einen Anreiz, solche Produktionsverfahren zu wählen, die knappe Ressourcen bestmöglich nutzen. Man spricht davon, dass die knappen Ressourcen zum besten Wirt wandern, wodurch das Einkommen eines Landes sein Maximum erreicht.

**Verteilungsfunktion:** Der Wettbewerb gibt Leistungsanreize und führt zu einer leistungsgerechten Einkommensverteilung. Wer in der Lage ist die Bedürfnisse der Bevölkerung besser zu befriedigen als andere, der erhält auch als Belohnung ein höheres Einkommen. Faulenzen wird nicht belohnt; wer größere Anstrengungen unternimmt, wird auch ein höheres Entgelt erzielen können.

**Kontrollfunktion:** Der Wettbewerb begrenzt wirtschaftliche Macht. Wettbewerb setzt voraus, dass mehrere Anbieter vorhanden sind, so dass die Nachfrager den Anbietern nicht ausgeliefert sind. Das gleiche gilt auch für die Anbieter, denen mehrere Nachfrager gegenüberstehen. Der Dispositionsspielraum der Einzelnen erhöht sich und wird gleichzeitig durch die Aktionen der Konkurrenz beschränkt.

**Innovationsfunktion:** Durch den Wettbewerb bemühen sich die Firmen, durch kostengünstigere Produktionsmethoden und neue Produkte gegenüber der Konkurrenz einen Vorteil zu erreichen. In Ländern mit hohem Wettbewerb gibt es eine hohe Rate des technischen Fortschritts, so dass der Wettbewerb als Motor der technischen Entwicklung bezeichnet wird. Die Übernahme von Risiko wird bei Erfolg belohnt, so dass Anreize für eine ständige Verbesserung des gesellschaftlichen Produktionsapparats vorhanden sind.

**Anpassungsfunktion:** Bei wettbewerblichen Rahmenbedingungen sind die Unternehmer gezwungen, auf veränderte Gegebenheiten des Marktes schnell zu reagieren. Wer sich an neue Situationen nicht rasch anpasst verliert Marktanteile.

Zu diesen ökonomischen Funktionen werden noch gesellschaftliche Funktionen genannt, die die Freiräume betonen, die dem einzel-

nen Marktteilnehmer durch Wettbewerb eröffnet werden: Unternehmer haben die Möglichkeit eigenverantwortlich über ihre Ressourcen zu entscheiden und die Verbraucher haben die freie Wahl zwischen alternativen Angeboten. Das bedeutet auch, dass Arbeitnehmern eine Chance zum Wechsel des Arbeitsplatzes gegeben wird, wobei bei funktionierendem Wettbewerb nur mit einer geringen Arbeitslosigkeit zu rechnen ist. [7]

Ein weiteres Problem sind die Einflüsse, die der Wettbewerb auf die Tugenden des Einzelnen ausübt. Der Wettbewerb hat einen janusköpfigen Charakter. Er erhöht den Freiheitsspielraum des Einzelnen, der allerdings auch missbraucht werden kann. Demzufolge ist eine Wettbewerbspolitik notwendig, die für einen funktionierenden und fairen Wettbewerb sorgt. Hier hat der Staat eine wichtige Aufgabe.

Schon Adam Smith hat darauf hingewiesen, dass der Wettbewerb auch ethische Konsequenzen hat, und auch staatliche Interventionen können negative ethische Konsequenzen für die Gesellschaft haben (Lachmann, 1991). Häufige Marktkontakte z.B. zwingen zu ethischem Verhalten. Die Reputation auf dem Markt (Vertrauensbildung) kann ein wichtiger Wettbewerbsp Parameter werden. So erklärt es sich, dass gerade in der Reformationszeit der Kaufmannsstand ethische Maßstäbe durchsetzen konnte (Tugend des Kaufmanns). Ein Kaufmann, der seine Verträge nicht einhält, verliert seine Kunden, verliert seine Reputation, verliert an Wettbewerbsfähigkeit. Ein funktionierender Wettbewerb zwingt also zu einem fairen Verhalten gegenüber seinem Vertragspartner. Dahingegen ist eine hohe Korruption dort festzustellen, wo nur eine geringe Wettbewerbsintensität vorliegt. In sozialistischen Ländern, in denen der Staat der große Monopolist war, bemerken wir einen Verlust an Moralkapital, ist das Ausmaß der Korruption außergewöhnlich hoch. Auch in den Industrieländern ist durch den zunehmenden Einfluss des Staates Moralkapital verloren gegangen. Die Korruptionsfälle betreffen Bereiche des Nicht-Wettbewerbs; oft sind staatliche Institutionen (Bauämter usw.) involviert; Wirtschaftssubjekte versuchen fälschlicherweise Subventionen zu er-

ringen usw. In einer auf Wettbewerb bezogenen marktlichen Transaktion lohnt sich Korruption nicht; sie kommt höchstens wiederum in Großkonzernen vor, wenn der Einkäufer Macht ausüben kann, und Zulieferer versuchen den Einkäufer zu bestechen. Dies ist wiederum durch eine Verletzung des marktlichen Wettbewerbsprinzips erklärbar!

### Probleme der Globalisierung

Globalisierung, Wettbewerb und marktwirtschaftliche Ordnung können keine heile Welt schaffen. So wird der Wettbewerb nicht nur Gestaltungsmöglichkeiten im positiven Sinne eröffnen, sondern auch im negativen Sinne. Wie schon erwähnt, sollte die staatliche Wettbewerbspolitik kriminelles Verhalten auf den Märkten bekämpfen und den Wettbewerb absichern, was auch der Staat nicht immer erreichen wird. Demzufolge sind einige Kritikpunkte der Globalisierungsgegner nicht unberechtigt und bedenkenswert. Einige davon sollen daher noch kurz abgehandelt werden.

**Ungleiche Einkommensverteilung:** Globalisierung ist kein „Nullsummenspiel“, nicht nur eine reine Umverteilung, die der Staat durch seine Sozialpolitik betreibt, sondern der Wettbewerb ermöglicht einen größeren gesellschaftlichen Kuchen. Jedoch erhebt sich die Frage, wie dieser Kuchen verteilt wird. Es wird nun behauptet, dass die Starken und Reichen reicher werden und die Benachteiligten weiter unterdrückt werden und in die Marginalität abrutschen.

Aus der Außenhandelstheorie ist bekannt, dass Liberalisierung dazu führt, dass es zu einer Angleichung der Faktorentlohnungen kommt. Werden in einem Land für bestimmte Dienstleistungen hohe Preise erzielt, dann versucht die Konkurrenz an diesen Gewinnmöglichkeiten teilzunehmen, was den Wettbewerb erhöht und damit zu einer Absenkung der Gewinne bzw. Preise führt. Bei voll funktionierendem Wettbewerb müssten alle gleichwertigen Güter und Dienstleistungen die gleichen Preise haben, wobei Preisunterschiede nur noch durch Transportkosten erklärt werden können. In der Wirklichkeit sind die Güter sehr heterogen, so dass ein direkter Preisvergleich

nicht immer möglich ist und die Voraussetzungen der neoklassischen Wirtschaftstheorie nicht vorliegen. Dennoch werden knappe Produktionsfaktoren, die in einem Lande hohe Preise erzielen, durch eine Öffnung des Marktes Einbußen erleiden. So hat etwas provokativ Freeman gefragt, ob unsere Löhne in Peking gemacht werden. Dies erklärt auch die Angst, dass durch den Wettbewerb die einheitlichen Löhne sinken müssen. Wenn ausländische Arbeitnehmer zu günstigeren Preisen zu haben sind, wird die Wirtschaft den Standort in solche Länder verlagern, wo das Preis-Leistungs-Verhältnis günstiger liegt. [8]

Auf der anderen Seite bekommen diejenigen Produktionsfaktoren, die reichlich vorhanden sind und demzufolge einen geringeren Lohn erwirtschafteten durch die Marktöffnung weitere Spielräume, so dass für sie mit einer Verbesserung der Wettbewerbssituation zu rechnen ist, d.h. ihre Löhne können steigen. Durch Marktöffnung und Globalisierung werden die Löhne in den Entwicklungsländern steigen und in den Industriestaaten dort, wo sie nicht der Produktivität entsprechen, sinken müssen.

Ein Phänomen scheint überraschend zu sein. Die neoklassische Wirtschaftstheorie betont die positiven Aspekte des Freihandels und der Globalisierung, weil sie das Hauptaugenmerk auf den Konsumenten legt. Die Konsumenten sind stets die Gewinner einer stärkeren Globalisierung, da sie ihre Güter und Dienstleistungen billiger erhalten als ohne internationalen Wettbewerb. Ihr Einkommen wird real mehr wert.

Die Wirtschaftspolitiker hingegen sehen in jedem Import einen Verlust des Arbeitsplatzes und sehen die Globalisierung daher negativ. In der Tat hilft es den Konsumenten nicht, wenn sie die Waren günstiger erwerben können aber kein Einkommen mehr zur Verfügung haben. Es gibt Globalisierungsgewinner und Globalisierungsverlierer. Die Globalisierungsgewinner sind die reichlich verfügbaren Produktionsfaktoren; die Globalisierungsverlierer sind diejenigen Branchen, die unter künstlichem Schutz dem Wettbewerb enthoben und demzufolge nicht mehr wettbewerbsfähig

## Fortsetzung: Ethische Aspekte der Globalisierung

sind. Sie können nur über Anstrengungen zur Erhöhung der Produktivität oder durch ein Absenken ihrer Löhne wieder international wettbewerbsfähig werden. Von daher deckt die Globalisierung Schwächen der Wirtschaftspolitik auf und führt dazu, dass die knappen Ressourcen eines Landes besser genutzt werden, so dass das Gesamteinkommen eines Landes ansteigen wird.

Auch empirische Studien belegen, dass die Ärmeren in Marktwirtschaften relativ stärkere Einkommenssteigerungen erfahren als die Reichen. Hongkong, Korea und Taiwan haben hohe Wachstumsraten erreicht und gleichzeitig eine stärkere soziale Absicherung und ökonomische Gleichverteilung erzielen können. Das Argument, dass die Globalisierung die Armen ärmer macht, stimmt nur in dem Fall, wenn die staatliche Bildungs- und Wirtschaftspolitik die Armen vernachlässigt hat und sie künstlich durch Protektion höhere Löhne erzielen, die ökonomisch und ethisch nicht gerechtfertigt sind.

Das Argument der Einkommensverteilung gilt natürlich nicht nur für ein Land, sondern auch für das Nord-Süd-Problem. Entwicklungsländer, die sich aus der internationalen Arbeitsteilung abschotteten (Nordkorea, Kuba) haben erheblich größere Armut zu verzeichnen als Entwicklungsländer, die bewusst die Herausforderung des internationalen Wettbewerbs und der Globalisierung angenommen haben. Dies zeigen die erfolgreichen asiatischen Länder.

Die Wirtschaftspolitiker der Industrie- und Entwicklungsländer müssen wählen, ob sie eine stärkere Flexibilisierung ihrer Arbeitsmärkte durchsetzen und damit die Arbeitslosigkeit abbauen. So wird beispielsweise behauptet, dass die USA eine stärkere Lohndifferenzierung auf den Arbeitsmärkten aufweist, aber dafür eine niedrige Arbeitslosenquote hat, während die europäischen Staaten eine größere Nivellierung der Löhne erreichten und dafür eine hohe Arbeitslosigkeit in Kauf genommen haben (Sauernheimer). Wohin die Unwilligkeit bzw. Unfähigkeit einer politischen Elite, Arbeitsmärkte zu flexibilisieren und dem internationalen

Wettbewerb auszusetzen, führt, lässt sich an Argentinien ablesen, das langsam und stetig in eine ökonomische Krise geriet. Auch die europäischen Industriestaaten müssen darauf achten, dass sie ihre langfristige Wettbewerbsfähigkeit nicht verlieren, um nicht zukünftig mit wirtschaftspolitischen Krisen leben zu müssen.

Ist der Sozialstaat gefährdet? Wie gezeigt, gehen Arbeitsplätze nicht durch die Globalisierung verloren. Allerdings führt Wettbewerb immer zur Strukturanpassung. Kein Arbeitnehmer und kein Unternehmer kann sich auf dem Erreichten ausruhen. Wettbewerb führt immer von statischen zu dynamischen Situationen. Bei hoher Flexibilität müssen keine Arbeitsplätze verloren gehen. Im Gegenteil, weniger produktive Arbeitsplätze werden ersetzt durch produktivere Arbeitsplätze, soweit die staatliche Wirtschaftspolitik die Bildungspolitik und die Produktivität nicht vernachlässigt. Selbst in China ist durch die Öffnung zum Welthandel hin der Wohlstand angestiegen. Allerdings muss betont werden, dass die staatliche Sozialpolitik nicht mehr gegen marktwirtschaftliche Tendenzen gerichtet sein darf. Die Diskussion über die Möglichkeiten des Sozialstaates gehen in die gleiche Richtung wie die über die Lohnhöhe. Ein Staat der eine gute Infrastruktur, sozialpolitische Absicherung usw. anbietet, wird attraktiv und die Bürger sind auch bereit, dann einen höheren Beitrag für diese staatlichen Leistungen aufzubringen. Sie werden eine Kosten-Nutzen-Analyse, einen Preis-Leistungsvergleich anstellen und in einer globalisierten Welt dann die Chance haben, in das Land zu ziehen, das ihnen die besten Lebensmöglichkeiten bietet. [9]

Eine zunehmende Globalisierung birgt Chancen aber auch Gefährdungen. In einer Demokratie ließ sich in den letzten Jahrzehnten die Globalisierung nur durchsetzen, weil die Gefährdeten sozialpolitisch abgesichert waren. Der Staat hat also durch sozialpolitische Maßnahmen erreicht, dass die Bürger der Globalisierung demokratisch nicht widerstanden (Voice). Allerdings hat der Staat sich dabei übernommen und demzufolge deckt die Globalisierung nun wirtschaftspoli-

tische Fehler auf, die je rascher erkannt werden je größer der Standortwettbewerb ist. Sollte die Globalisierung hingegen eingeschränkt werden, würde dies bedeuten, dass die Regierungen ein Recht auf ineffiziente Wirtschaftspolitik bekämen.

Damit entscheidet sich auch die Frage über die Dominanz der Wirtschaft über die Politik. Nichteffiziente Politik wird bestraft; der Staat ist nicht mehr absoluter Herr im Hause. Der Staat wird aber durch die Globalisierung herausgefordert und dadurch immer wichtiger wie wir im nächsten Unterpunkt sehen werden.

Problem internationaler Finanzmärkte: Als letzter Punkt soll kurz auf die Gefährdungen durch Finanzmärkte hingewiesen werden. Ökonomische Analysen zeigen, dass wirtschaftspolitisches Fehlverhalten zu Währungskrisen geführt hat. Fehlende Finanzaufsicht, nichtmarktliche (fixe) Wechselkurse, die zu lange gegen den Markttrend durchgehalten wurden, und die keine Regierung gegen den Markt langfristig durchsetzen kann, führten zu den Währungskrisen, die allerdings dann in einem marktlichen Prozess zu einem Überschießen führen. „Rette sich wer kann“ führt dazu, dass dann durch Kapitalabzug Währungen rasant an Wert verlieren mit möglichen realwirtschaftlichen negativen Folgen. Allerdings haben einige asiatische Länder dennoch rasch wieder hohe Wachstumsraten erzielen können, wenn sie Korrekturen ihrer falschen Wirtschaftspolitik durchführten.

Der Vorschlag, die Finanzmärkte zu besteuern (Tobin-Steuer) würde nur bedeuten, dass der marktliche Selektionsprozess gebremst wird; es würde Sand ins Getriebe der Wirtschaft gestreut, was langfristig negativ bewertet werden muss.

### Dominanz der Wirtschaft über den Staat?

Die Finanzmärkte sind die Gewerbehölzer der staatlichen Politiken, sie entdecken Fehler der Wirtschaftspolitik und ahnden sie. Dadurch kommt es zu einem Systemwettbewerb, so dass den Bürgern ein größerer Freiraum ermöglicht wird. Der letzte große Monopolist ist der Staat. Der einzelne Bürger

hat selbst im demokratischen Prozess nicht immer die Möglichkeit, seine Interessen zu verteidigen. Die politische Elite beispielsweise hat es erreicht, dass wir vom Wirtschaftswunderland Deutschland ökonomisch zum Schlusslicht unter den OECD-Staaten geworden sind. Der Bürger kann sich der Besteuerung des Staates und der Konfiszierung seines Einkommens kaum entziehen. [10]

Durch Globalisierung bekommt der Bürger eine Möglichkeit die Wirtschaftspolitik zu disziplinieren. Wollen Politiker an der Macht bleiben, müssen sie Reformen durchführen, die die Wettbewerbsfähigkeit ihres Landes sichern. Allerdings ergibt sich auch im politischen Bereich ein Kartellverhalten. Wettbewerb ist anstrengend. So wie die Wirtschaft sich dem Wettbewerb entziehen will und durch Absprachen zu Lasten der Konsumenten höhere Preise durchsetzen möchte, so wollen sich auch die Politiker der Last der Anpassung entziehen und bilden ein Kartell. Dieses Kartell bekommt den schönen Namen „Harmonisierung der Rahmenbedingungen“. So sollen in der EU die Steuern angeglichen werden, damit es keinen Wettbewerb mehr gibt. Allerdings bestünde damit die Gefahr, dass sich die Politiker gegen ihre Bevölkerung kartellmäßig durchsetzen. Globalisierung bedeutet Systemwettbewerb, Wettbewerb der Wirtschaftspolitiken, Wettbewerb der einzelnen Regierungen in ihrer ökonomischen Performance. Sie sollte nicht durch Harmonisierungsbemühungen aufgehoben werden. Damit komme ich zum letzten Aspekt den wir behandeln wollen, den der neuen Rolle des Staates.

### Staatlicher Ordnungspolitik im Rahmen der Globalisierung

In der ordoliberalen Analyse wird zwischen Ordnungspolitik und Prozesspolitik unterschieden. Die Ordnungspolitik will die Rahmenbedingungen so legen, dass die Verfolgung des Eigeninteresses gleichzeitig zu einer Verfolgung des Gesamtinteresses führt. Prozesspolitische Maßnahmen greifen bremsend in den Wettbewerbsmechanismus ein und haben in Europa zu einer starken Verkrustung der wirtschaftlichen Dynamik beigetragen. Nicht umsonst wird von der Wirtschaft

## Fortsetzung: Ethische Aspekte der Globalisierung

eine stärkere Entrümpelung staatlicher Vorschriften, eine stärkere Entbürokratisierung gefordert. Viele gesellschaftliche Fehlentwicklungen basieren auf fehlender ordnungspolitischer Regelung. Insbesondere die Bemühungen nach dem Zweiten Weltkrieg, die Rahmenbedingungen der Weltwirtschaft vertraglich festzulegen, haben zu einer stärkeren Vertrauensbasis und damit zu der Möglichkeit einer vertieften Arbeitsteilung beigetragen. Der Staat muss durch eine gute Infrastruktur, Bildungspolitik, marktkonforme Sozialpolitik usw. dazu beitragen, dass Standortvorteile im Wettbewerb mit anderen Staaten erreicht werden. Dies ist kein Nullsummenspiel. Alle Staaten können dabei Gewinner sein und ihre Bevölkerung daran partizipieren lassen. Die neue Globalisierung zeigt nämlich die Wichtigkeit der staatlichen Wirtschaftspolitik auf. Eine den Wettbewerb unterstützende Wirtschaftspolitik braucht Globalisierung nicht zu fürchten. Es steht zu vermuten, dass viele Globalisierungsgegner diesen Zusammenhang nicht begreifen oder das Anspruchsdenken durch eine lang anhaltende verfehlte Wirtschaftspolitik so stark gestiegen ist, dass die Bevölkerung meint, demokratisch gegen wirtschaftliche Gesetze vorgehen zu können. Die Geschichte verschiedener Staaten zeigt, dass der Staat nicht in der Lage ist, durch Protektionismus wettbewerbsfähig zu bleiben. [11]

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Globalisierung große Chancen beinhaltet. Alle Völker dieser Erde können am Wohlstandsgewinn teilhaben. Dies bedeutet, dass die internationalen Verträge weiter ausgebaut werden müssen, dass auch die Industrieländer sich endlich dem Wettbewerb stellen und den Entwicklungsländern die Marktchancen, die sie erhalten wollen, ebenfalls gewähren. Ein höherer Wettbewerb, so wurde errechnet, würde das Weltsozialprodukt um 700 Mrd. US\$ steigern. Demzufolge lässt sich schlussfolgern: Eine weitere Globalisierung ist ein verantwortungsethisches Postulat, das jeder tugendhafte Bürger unterstützen müsste. Die Regierungen müssen zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit ebenfalls ihre Hausaufgaben machen. Dazu gehört auch eine entsprechende Informati-

on der Bürger. Ein weiteres Verharren auf protektionistischen Schutz führt hingegen zu einer relativen Verarmung der Bevölkerung. Eine Erhöhung des Wohlstands der Bürger ist ethisch akzeptabel und sollte durch die Wirtschaftspolitik der Regierung gefördert und nicht behindert werden.

### Anmerkungen:

[1] ATTAC: Association pour une taxation des transactions financières pour l'aide aux citoyens; die englische Übersetzung lautet: Association for the taxation of financial transactions for the aid of citizens. Zum Zeitpunkt der Gründung schlossen sich 50.000 Mitglieder an. Heute hat ATTAC ca. 90.000 Mitglieder in 50 Ländern (Stand 04/2003). Seit dem Jahre 2000 ist ATTAC auch in Deutschland aktiv. Es bildet ein breites gesellschaftliches Bündnis, das sich als Gegenmacht der kapitalistischen Macht der Weltmärkte versteht.

[2] Viele kritische Bemerkungen der damaligen und heutigen Kritiker der marktwirtschaftlichen Ordnung sind berechtigt. Allerdings haben sie den falschen Esel geschlagen. Der Wettbewerb ist nicht an der Armut in der Dritten Welt verantwortlich, sondern im Gegenteil, der Versuch, sich dem Wettbewerb zu entziehen. Insbesondere die evangelische Kirche erlebte einen sehr starken Linksruck der bis heute noch anhält, und setzte sich mehr für sozialistische und solidarische Wirtschaftsordnungen ein. Vergleiche hierzu auch W. Lachmann (1984, 1992, 1998).

[3] Das Gefangenendilemma bezeichnet eine Situation, in der die Verfolgung des Eigeninteresses (ohne Berücksichtigung des Interesses der Partner) zu Gegenmaßnahmen der Wirtschaftspartner führt, die im Endergebnis alle Beteiligten schlechter stellt. Vergleiche hierzu W. Lachmann (1989, S. 139 ff.), sowie W. Lachmann (1991).

[4] Weitere Ausführungen zu den Ursachen und zu dem Begriff der Globalisierung finden sich in W. Lachmann (1998). Durch die Globalisierung sind besonders die Kreditmärkte stark in ihrer Bedeutung gewachsen und wurden als Störfaktor erkannt. So wandte sich ATTAC

zuerst gegen die Liberalisierung der Finanzmärkte und setzte sich für die Tobin-Steuer ein, die zu einer Verteuerung der internationalen Finanztransaktionen führen sollte. Internationale Finanztransaktionen sollten mit einer Steuer belegt werden, da sie fast zu einem Nulltarif durchführbar waren und damit zu volatil erschienen. Die globalen Player wurden immer wichtiger und die nationalstaatlichen Möglichkeiten wurden immer mehr eingeengt.

[5] UNCTAD, S.283 f sowie S. XV.

[6] Vgl. hierzu die Ausführungen in W. Lachmann (2003), VWL 1, Kap. 4, in dem kurz eine Systematik verschiedener Ethiken dargestellt wird; vgl. hierzu auch Noll.

[7] Die gegenwärtige hohe Arbeitslosigkeit beruht zu einem großen Teil auf der Vermachtung (zweiseitiges Monopol!) der Arbeitsmärkte, die zur Abnahme der Anpassungsflexibilität führt.

[8] Das bedeutet nicht, dass durch den Wettbewerb der Lebensstandard sinken muss. Denn die Lohnhöhe wird durch die Produktivität bestimmt. Ein Land, das durch Bildungsinvestitionen und eine geschickte Wirtschaftspolitik zu einer hohen Produktivität seiner Bürger beiträgt, wird erheblich höhere Löhne zahlen können als ein Land, dessen Bürger geringere Qualifikationen aufweisen und deren wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen (Eigentumsrechte, Infrastruktur usw.) schlechter liegen. Es kommt nicht auf die Lohnhöhe sondern auf das Verhältnis Produktivität, Infrastruktur, Lohnhöhe an. Die großen internationalen Konzerne lassen sich nicht in Afrika nieder, wo die Löhne am niedrigsten sind, sondern sie befinden sich in Industrieländern, wo erheblich höhere Löhne geleistet werden, weil dort das Preis-Leistungsverhältnis günstiger liegt!

[9] Man spricht in der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur von den Optionen „voice“ und „exit“, d.h. der Bürger kann sich demokratisch artikulieren oder das Land verlassen. Damit bekommt die Politik Rückkopplungseffekte.

Regierungen, die eine schlechte Sozialpolitik durchführen, werden bestraft. Der Staat muss in einer globalisierten Welt auch effizient arbeiten.

[10] So erklärt sich die Schattenwirtschaft. Die Bürger sind mit der hohen Besteuerung nicht einverstanden und sehen nur in illegalen Aktionen eine Möglichkeit, sich dem Raub ihres Eigentums durch den Staat zu entziehen, was negative Auswirkungen auf das Moralkapital einer Gesellschaft hat!

[11] Verwiesen sei auf Argentinien. Die dortige politische Elite ist nicht reformfähig gewesen. Es wurden nur marginale Reformen in der Wirtschaftspolitik durchgeführt, es wurde eine Flickschusterei betrieben, mit dem Ergebnis des Staatsbankrotts und der langfristige verschlechternde Situation insbesondere für die Personenkreise und Branchen, die meinten durch Protektion von ihrem Staat geschützt zu werden.

### Literaturverzeichnis:

Arbeitskreis Evangelischer Unternehmer in Deutschland e.V. / Bund Katholischer Unternehmer e.V.: Globalisierung. Chance für alle, Karlsruhe, Köln (Mai 2003).

Arndt, H.W.: Globalisation, Banca Nazionale del Lavoro. Quarterly Review Bd. 51, Nr. 204 (März 1998), S. 73-89.

Boxberger, G./Klimente, H.: Die 10 Globalisierungslügen. Alternativen zur Allmacht des Marktes, München 1998 (dtv).

Brock, D.: Wirtschaft und Staat im Zeitalter der Globalisierung. Von nationalen Volkswirtschaften zur globalisierten Weltwirtschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“), B 33-34/97 v. 09.08.1997, S. 12-19.

Budzinski, O./Kerber, W.: Megafusionen, Wettbewerb und Globalisierung. Praxis und Perspektiven der Wettbewerbspolitik, Schriftenreihe der Ludwig-Erhard-Stiftung, Band 5, Stuttgart (2003).

Freeman, R.B.: Are your wages set in Beijing? *Journal of Economic*  
*Fortsetzung Seite 12*